7. Jahrgang,
Nummer 293

Dienstag,
22. Dezember 1925

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe", „Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 6837. Filialexpeditionen: Liegnitz, Dänemarkstraße 40. — Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 6837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Ein Scharfmacherplan der schlesischen Industriellen

Verschärfte Einstellungssperre bei Wirtschaftskämpfen

Breslau, 21. Dezember.

Wir haben gestern das Programm der deutschen Scharfmacher gekennzeichnet und besonders auf den Vorstoß gegen die Tarifverträge hingewiesen. Um nun den weiteren Kampf gegen die Reallöhne der Arbeiterschaft durchzuführen, rüsten die Unternehmer auf der ganzen Linie. Mit Hilfe der Industriekartelle, Unternehmerverbände wollen sie einen Hungergürtel um die Arbeiterschaft ziehen. Verschärfte Einstellungssperre bei Wirtschaftskämpfen soll ein Mittel auf dem Wege zur Niederzwingung, der sich zur Wehr setzenden Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Der bekannte günstige Wind weht uns folgenden Verpflichtungsschein, welchen das Industriekartell in Schlesien an Breslauer Firmen versendet, auf den Tisch.

Verpflichtungserklärung
für die Durchführung einer verschärften Einstellungssperre bei Wirtschaftskämpfen

In Erkenntnis der Notwendigkeit eines verschärften gegenseitigen Schutzes bei Wirtschaftskämpfen (Streik und Aussperrung) verpflichtet sich die unterzeichnete Firma bzw. ihr Vorstand für ihre im Stadt- und Landkreis gelegenen Betriebe zur unbedingten Durchführung einer verschärften Einstellungssperre. Die Sperre ist unter Vorlage der notwendigen Unterlagen beim Industriekartell schriftlich zu beantragen, das seinerseits unverzüglich allen Mitgliedern die Einstellungssperre zur strikten sofortigen Durchführung aufzugeben hat.

Zweck der Sperre ist, die als gesperrt gemeldeten Arbeitnehmer von einer Einstellung bzw. Beschäftigung in anderen Firmen auszuschließen, wo sie bereits versehentlich eingestellte Arbeitnehmer sofort wieder aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen sind. Das Industriekartell kann von den Mitgliedern jederzeit eine strenge Nachprüfung verlangen, daß die Werke die vom Industriekartell angeordnete Sperre bestimmungsgemäß durchgeführt haben. Es kann eine solche Nachprüfung auch durch eigene Organe jederzeit vornehmen lassen. Die Mitglieder verpflichten sich, sich einer solchen Nachprüfung nicht zu widersetzen und die notwendigen Unterlagen ohne weiteres vorzulegen. Die Sperre hat so lange Kraft, bis ihre Aufhebung durch das Industriekartell aufgehoben wird.

Folgt Unterschrift.

*

Nun wissen die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in Schlesien, was sie in den kommenden Wochen und Monaten zu erwarten haben. Während die Unternehmer durch ihre Lakaien in der bürgerlichen Presse täglich versichern lassen, daß sie den Wirtschaftsfrieden erhalten wollen, während sie jetzt gerade wieder, anläßlich der bevorstehenden Feiertage ihr „soziales Herz" preisen lassen, schmieden sie heimlich die vergifteten Waffen, mit denen sie nach Neujahr die Arbeiterschaft überfallen wollen. Verlängerung der Arbeitszeit, freie Vereinbarung über Arbeitszeit und Lohn, vollkommene Ausschaltung der Gewerkschaften und Betriebsräte, ist das Ziel der Unternehmer. Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichten sie ihre Mitglieder, zur Blockade gegen die Arbeiterschaft, die sie mit Stockschlägen auf den Magen gefügig machen wollen. Die Schandpläne der Ausbeuter bedrohen im gleichen Maße alle Arbeiter und Angestellten in Schlesien. Die Unternehmer, die jenes Schanddokument unterschrieben haben, werden nicht danach fragen, ob der Arbeiter oder Angestellte Kommunist, Sozialdemokrat oder parteilos ist. Unterschiedslos werden sie mit größter Brutalität und Zynismus jeden Arbeiter aushungern, der sich nicht ihren Sklavenbedingungen fügen will.

Kann es angesichts dieser drohenden Gefahren für die Arbeiterschaft in Schlesien und Oberschlesien etwas anderes geben, als die

sofortige Vorbereitung der geschlossenen Abwehr gegen das Unternehmerpack?

Die Forderungen die wir gestern im Namen der Kommunistischen Partei veröffentlichten, müssen Gemeingut aller Arbeiter werden:

Prüfung der Betriebsstillegungen durch die Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte.

Enteignung und Verstaatlichung aller Betriebe, die ohne Genehmigung dieser Organe stillgelegt werden.

keine Kredite aus den Steuergeldern an die Unternehmer ohne dauernde Beteiligung des Staates an den Betriebsgewinnen.

zwangsweise Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftszweige durch den Staat unter Kontrolle der Arbeiterorgane und mit dem Ziel, eine planmäßige Umstellung der Produktion auf den Massenbedarf und enge Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland herzustellen.

Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslose oder weitgehende staatliche Fürsorge.

gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Aufnahme aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!

Warum die SPD. nicht in die Große Koalition ging?

Von Paul Dietrich

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der besagt, daß das Ergebnis der bisher geführten Verhandlungen über die Regierungsbildung keine geeignete Grundlage für die Bildung einer Großen Koalition sei, bedeutet von sozialdemokratischer Seite keine definitive Absage an die Große Koalition. Zunächst ist zwar durch diesen Beschluß die Große Koalition erledigt. Praktisch aber trägt trotzdem die Sozialdemokratie für den zukünftigen innen- und außenpolitischen Kurs der kommenden Regierung — in parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einem Beamtenkabinett unter Führung Luthers — genau so die Verantwortung vor der deutschen Arbeiterschaft, als wenn sie ihre augenblicklichen Bedenken zurückgestellt und in die Große Koalition eingetreten wäre. Der außenpolitische Kurs der kommenden Regierung, mag sie aussehen wie sie will, ist bestimmt durch die Unterschriften Luthers und Stresemanns unter die Verträge von Locarno. Diese Verträge aber bucht die Sozialdemokratie als einen Erfolg ihrer Außenpolitik. Sie trägt damit die Verantwortung für diese Politik, aus der sich zwangsläufig auch der innenpolitische Kurs in Deutschland ergibt. Dieser lautet, auf eine kurze Formel gebracht: **verschärfte und rücksichtslose Ausbeutung der werktätigen Massen Deutschlands!**

Warum kam die Große Koalition nicht zustande? — Von den bürgerl. Parteien waren Demokraten u. Zentrum einmütig für die Große Koalition. In der Deutschen Volkspartei ist der schwerindustrielle Flügel gegen die Große Koalition, um die Verbindung mit den Deutschnationalen nicht zu verlieren. Diese Gruppe befindet sich aber gegenwärtig in der Minderheit. Die Politik der Volkspartei wird heute bestimmt von den Vertretern der Fertigindustrie und des Bankkapitals, die sich restlos für die Große Koalition eingesetzt haben. Der ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kam zustande einmal auf Grund der wachsenden Opposition in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (siehe Schlesien) gegenüber einem Bündnis mit der Bourgeoisie, insbesondere mit der monarchistischen Volkspartei, zum anderen aus Rücksicht auf die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise mit all ihren für das Proletariat unerträglichen Begleiterscheinungen. Massenarbeitslosigkeit, wachsende Verelendung, die es den sozialdemokratischen Führern im Augenblick nicht opportun erscheinen ließen, in den kommenden Monaten, die zweifellos eine weitere Verschärfung der Krise und damit ein Anwachsen des Massenelends mit sich bringen werden, verantwortlich an der Regierung beteiligt zu sein.

Die Perspektive der sozialdemokratischen Führer läuft darauf hinaus, daß sie hoffen, durch eine Scheinopposition und durch Aufstellung von wirtschaftlichen Forderungen sich das immer mehr ins Wanken geratene Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zurückzuerobern. Darüber hinaus hofft man in den führenden sozialdemokratischen Kreisen, bis zum kommenden Frühjahr eine wirksame Wahlparole gefunden zu haben, um dann den Reichstag aufzulösen und mit einem Mandatsgewinn günstiger Voraussetzungen und bessere Bedingungen für den Eintritt in die Große Koalition zu schaffen.

Dieses sozialdemokratische Manöver, das ausschließlich auf parteitaktische Erwägungen zurückzuführen ist, gilt es, im Interesse der werktätigen Massen zu durchkreuzen. Die ungeheure Notlage der deutschen Arbeiterschaft, insbesondere die katastrophale Lage des Millionenheeres der Erwerbslosen, erfordert gebieterisch sofortige durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung ihrer Lebensexistenz. Dieser Reichstag aber hat in den letzten Tagen erneut durch seine Beschlüsse zu den kommunistischen Anträgen für die Unterstützung der Erwerbslosen wie zu den Forderungen der notleidenden Beamten seine Arbeiterfeindlichkeit dokumentiert. Mit ihm die Regierung, die bereit ist, den Industriellen Milliarden zuzuschanzen und den Erwerbslosen und Beamten nur Bettelgroschen bietet. Die Sozialdemokraten haben zwar viel über das Massenelend und über die Not der Arbeiter und Beamten geschrieben und zündende Reden gehalten, im entscheidenden Augenblick aber haben sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die kom-

Tschitscherin über die internationale Lage

(Eig. Drahtber.) Berlin, 22. Dezember.

Genosse Tschitscherin, der auf seiner Rückreise von Paris nach Moskau gegenwärtig in Berlin weilt, machte einem Redakteur der „Roten Fahne" einige Ausführungen über die Weltlage.

Die markanteste Lage in der gegenwärtigen Politik ist

das ausgesprochene Uebergewicht Englands.

Wirtschaftlich dringe England immer mehr in das europäische Festland ein, um sich die Vormachtstellung in Europa zu sichern. Aber ein noch Mächtigerer als England erhebt sein Haupt: Amerika. England spielt heute die Rolle des Sturmbocks für Amerika, des eigentlichen Gewinners des Krieges. Amerika tritt immer mehr aus seiner Zurückhaltung heraus und mischt sich in alle politischen Vorgänge der Welt.

Schon kann man behaupten, daß Amerika mit unheimlicher Geschwindigkeit alle übrigen kapitalistischen Länder weit überragen wird. In der chinesischen Politik versöhnen sich Amerika und England, um bei der nächsten Gelegenheit wieder auseinanderzugehen.

In Südamerika dringt England ein, um sich neue Absatzmöglichkeiten zu erringen.

Aber das ist nur der Anfang. Bald wird die kapitalistische Welt vor neuen Auseinandersetzungen, vor neuen schweren Prüfungen stehen.

Der neue Lohnsteuerabzug

Sand in die Augen der Arbeiterschaft

Am 1. Januar 1926 tritt eine neue Regelung des Steuerabzuges in Kraft. Alle Parteien von den Deutschnationalen, bis zur SPD. erheben ein großes Geschrei, als ob es sich um eine wirkliche wesentliche Ermäßigung der brutalen Lohnsteuer handeln würde. In Wirklichkeit ist der steuerfreie Lohnbetrag von 960 Mark jährlich (80 RM. monatlich) auf 1200 RM. jährlich (100 RM. monatlich) erhöht worden. Diese sogenannte Erhöhung entspricht durchaus nicht den gestiegenen Indexziffern und bleibt weit hinter dem Existenzminimum zurück. Im übrigen verteilen sich die Erhöhungen wie folgt:

Der steuerfreie Lohnbetrag im engeren Sinne wird von bisher 600 Mark jährlich (50 Mark monatlich) auf 720 Mark jährlich (60 Mark monatlich) und die Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen werden von bisher je 180 Mark jährlich (15 Mark monatlich) auf je 240 Mark jährlich (20 Mark monatlich) erhöht. Für die Berücksichtigung des Familienstandes findet wie bisher die Verbindung des Systems der prozentualen Ermäßigungen mit dem der festen Abzüge statt. Bei den festen Abzügen für den Familienstand blieben die Sätze für die Ehefrau und das erste bis dritte minderjährige Kind unverändert. Dagegen sind die festen Ermäßigungssätze für das vierte Kind von bisher 600 Mark jährlich (50 Mark monatlich) auf 720 Mark jährlich (60 Mark monatlich), für das fünfte und die folgenden minderjährigen Kinder von bisher je 600 Mark jährlich (50 Mark monatlich) auf je 960 Mark jährlich (80 Mark monatlich) erhöht.

Weiterer Abbau bei der Reichsbahn

(Eig. Drahtber.) Berlin, 21. Dezember.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus zuverlässiger Quelle hört, ist bei der Reichsbahndirektion Stuttgart eine Verfügung eingetroffen, wonach in ihrem Bereich 1400 Beamte der Gruppen 1—7 in den nächsten fünf Monaten abgebaut werden sollen.

Stillegungen in Ziegenhals

Ziegenhals, 22. Dezember.

In der mechanischen Knopffabrik Kessel sind bis jetzt 200 Arbeiter entlassen. Die Baubetriebe liegen still. In nächster Zeit wird auch die Holzwarenfabrik Nitsche stillgelegt. Jetzt arbeitet sie verkürzt, indem immer eine Woche ausgesetzt wird. Die Zelluloidfabrik hat etwa 30 Arbeiter entlassen. Die Pappenfabrik Fitte & Sieger hat neun Arbeiter entlassen. Die Arbeitslosenzahl in Ziegenhals beträgt über 250 Mann.

Um den deutsch-spanischen Handelsvertrag

Madrid, 20. Dezember.

Wie halbamtlich verlautet, fand gestern im Ministerium des Aeußern eine Besprechung der deutschen Sachverständigen mit den spanischen Delegierten über den deutsch-spanischen Handelsvertrag statt. Die darauf bezüglichen diplomatischen Verhandlungen werden nach Weihnachten wieder aufgenommen.

munistischen Anträge und damit die Forderung der Erwerbslosen und Beamten niedergestimmt.

Dieser arbeiterfeindliche Reichstag muß verschwinden. Mit dem immer größere Massen erfassenden Kampfe für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten muß der Kampf für die Auflösung dieses Reichstages verbunden werden. Der Kampf der Erwerbslosen muß zu einem Kampfe der Gesamtarbeiterschaft werden. Die Arbeiter, die heute noch in den Betrieben stehen, dürfen ihre arbeitslosen Klassengenossen in ihrem Existenzkampf nicht allein lassen. Morgen schon können sie durch die Willkür des Unternehmertums auf der Straße liegen. Der ADGB., die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen müssen durch den Massendruck der Arbeiter gezwungen werden, sich mit an die Spitze dieses Kampfes zu stellen, um so eine geschlossene Front gegen die Offensive des Unternehmertums zu schaffen.

Die Bourgeoisie steht mit ihrem Exekutivapparat zum rücksichtslosen Kampf gegen das Proletariat bereit. Schon spricht man wieder von Ermächtigungsgesetzen, schon berät man in Regierungskreisen über die Verhängung des Belagerungszustandes. Dieser Kampfbereitschaft der Bourgeoisie gilt es sofort die proletarische Kampfbereitschaft entgegenzustellen. Die Partei muß alle ihre Kräfte zusammenfassen und die breiten Massen der Werktätigen um ihre Fahne sammeln, gerüstet und gewappnet, den Angriff der Bourgeoisie zu parieren.

Das schwankende Reichsbanner

In der „Berliner Volkszeitung" vom 18. Dezember wird ein Artikel eines Reichsbannermannes veröffentlicht, der sich mit der Lage dieser Organisation befaßt. Der Artikelschreiber fordert eine größere politische Aktivität des RB. Wir zitieren interessante Sätze, die für die Situation im Reichsbanner typisch sind:

„Das gegenwärtige Stadium dieser Entwicklung wird vielfach in den Kameradschaften mit Sorge und dem Gefühl der Enttäuschung empfunden. Wer die Situation vorurteilslos untersucht, muß zu der Ansicht neigen, daß die Reichsbannerbewegung heute in eine gewisse Stagnation geraten ist, will sagen, aufgehört hat, Bewegung zu sein . . ."

Und dann weiter:

„Das Reichsbanner muß heraus aus der Reserve, die es sich den brennenden politischen Tagesfragen gegenüber auferlegt. . . . Wo war das Reichsbanner, als Kabinettskrisen zu rascher Errichtung republikanischer Regierungen drängten? Wo, als Schutzzölle und unsoziale Steuern Abwehr forderten? Wo war der Massendruck, der die Justiz zur Besinnung bringen sollte? Und wo die gebarnischten Proteste gegen den Skandal der Fürstenabfindungen?"

Wenn der wahrscheinlich demokratische Anonymus diese Forderungen öffentlich aufstellt, so zeigt dies, wie zerrissen die „Kampfstimmung" der Reichsbanner-Mitglieder ist. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß in dieser Organisation Zentrumsleute, Demokraten und sozialdemokratische Arbeiter vereinigt sind. Die Aufrollung ernster politischer Fragen im Reichsbanner muß zwangsläufig zu schweren inneren Konflikten führen. In dem begreiflichen Bestreben, solche Konflikte zu vermeiden, nimmt das Reichsbanner zu den politischen Fragen gar nicht oder nur sehr schwächlich Stellung. Wenn es wenig selbst zu solchen Skandalen wie der Fürstenabfindung schweigt, wird es von den enttäuschten Arbeitern verlassen werden.

Klara Zetkin in Chemnitz

(Eig. Drahtber.) Chemnitz, 22. Dezember.

Am Sonntag fand eine von 5000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, in der die Genossin Klara Zetkin über „Locarno oder Moskau?" sprach, unter Teilnahme zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter. Nach Schluß Demonstrationszug, in dem sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerleute mit marschierten.

Der Kampf in der Metallindustrie

Einmütige Ablehnung des Lohnabbaus

Breslau, 22. Dezember.

Die Scharfmacherorganisationen, der Verband schlesischer Metallindustrieller Breslau, sowie der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens, haben bekanntlich den zurzeit geltenden Tarif gekündigt. Der Arbeitgeberverband verlangt, daß die feste Zulage von 15 Prozent für den Zeitlohnarbeiter in eine Kannzulage umgewandelt wird. Das bedeutet für einen großen Teil gelernter Arbeiter über 24 Jahre eine

Herabsetzung des Stundenlohnes von 68 Pfennig auf 59 Pfennig.

Des weiteren verlangt man Herabsetzung sämtlicher Akkordzeiten um 10 Prozent. Der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens fordert Herabsetzung des Akkordsatzes von 59 Pf. auf 55 Pf. und ebenfalls Umwandlung der festen Zulage für Lohnarbeiter in eine bewegliche.

In bezug des Arbeitszeitabkommens wünscht er Abbau des Ueberstundenzuschlages für die evtl. zehnte Stunde von 25 Prozent auf 15 Prozent.

Eine Konferenz von Vertretern der beteiligten Organisationen sowie Vertrauensleuten nahmen Stellung zum verlangten Lohnabbau und faßten einstimmig folgenden Beschluß:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von den gewollten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Metallindustrie Breslaus und Niederschlesiens zum Teil gegen die noch bis Ende 1926 geltenden Tarifvertragsbestimmungen verlangen. Die Konferenz lehnt einmütig jede Verschlechterung ab und ist ebenso einmütig der Meinung, daß die Löhne in der Metallindustrie Schlesiens eher erhöht werden müßten. Die Verhändler erhalten Vollmacht, baldmöglichst Verhandlungen herbeizuführen und evtl. den Vertretern der Arbeitgeber Forderungen der Arbeiterschaft zu übermitteln.

Steigerung der niederschlesischen Kohlenförderung

Waldenburg, 22. November.

Die Unternehmer in Niederschlesien klagen bekanntlich immer wieder über Rückgang der Produktion, mangelnde Rentabilität der Gruben usw. und begründen damit ihre Forderungen nach Staatshilfe. Nachstehende Zahlen die eine Steigerung der Produktion nachweisen, beleuchten deutlich den Unternehmerschwindel. Die Steinkohlenförderung des niederschlesischen Reviers hat im November bei 24 Arbeitstagen ein Gesamtergebnis von 481 247 To. (Oktober 27 Arbeitstage: 491 286 To.) erreicht. Arbeitstäglich ergab sich eine Steigerung der Förderung von 18 196 To., im Oktober auf 20 052 To. Das bedeutet gegenüber dem November 1924

eine Zunahme der Förderung um 2,9 v. H. (2,2 v. H.)

und im Vergleich zum entsprechenden Monat des Jahres 1913 eine Steigerung um 5,1 v. H. (2,8 v. H.). Die Koksgewinnung stellte sich im Berichtsmonat auf 79 885 To. bzw. arbeitstäglich auf 2663 To. (2591 To.) und die Brikettherstellung auf 13 113 To. bzw. arbeitstäglich auf 546 To. (505 To.). Die Brikettherstellung weist gegenüber dem November 1924

eine Zunahme um 72 v. H.

und im Vergleich zum November 1913 eine Steigerung um 53 v. H. auf. Die Belegschaftsziffer erreichte die Höhe von 30 785 Mann (29 991). Das bedeutet gegenüber dem November 1924 eine Abnahme um 3871 Mann (4952) und gegenüber dem Stand des November 1913 eine Zunahme um 1909 Mann (3316).

Vom Tage

Wie die „Rote Fahne" erfährt, wurde zwischen der Sowjetregierung und der türkischen Republik ein Neutralitätsvertrag abgeschlossen, der die Bestimmung enthält, daß keine der beiden Regierungen sich in eine feindliche Kombination oder Aktion, die gegen einen Teil der Abschließenden gerichtet ist, beteiligen wird. Im Falle eines Krieges eines der beiden Länder mit einer anderen Macht, verpflichten sich die Vertragschließenden zur strengsten Neutralität.

Der türkische Ministerrat hat nach zweistündiger Beratung die Ablehnung des Völkerbundentscheides über Mosul ausgesprochen.

In einer Unterredung mit Stresemann erklärte Tschitscherin, daß für Rußland das Eintreten in den Völkerbund unmöglich ist, da die Gegensätze zwischen dem Sowjetstaat und den kapitalistischen Staaten zu groß seien.

Vom Waldenburger Stadtbankprozeß

In der am 19. Dezember in unserer Zeitung veröffentlichten Meldung wird irrtümlicherweise vom „Urteil" gesprochen. Es muß richtig gestellt werden, daß die Urteile noch nicht gefällt sind. Die drei Jahre Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe für Rühle, 10 Monate Gefängnis und 2600 M. Geldstrafe für Schlüter und 1 Jahr Gefängnis für Püttmann, sind lediglich Anträge des Staatsanwaltes.

Erste Jungarbeiterdelegation zurückgekehrt

(Eig. Drahtber.) Berlin, 21. Dezember.

Die aus Sowjet-Rußland zurückgekehrte erste Jungarbeiter-Delegation wurde gestern von einer Delegation von 3000 Jungarbeitern auf dem Bülow-Platz begeistert begrüßt. Die Ansprache hielten verschiedene Mitglieder der SAJ., die vom Hauptvorstand wegen ihrer Beteiligung an der Rußland-Delegation ausgeschlossen wurden und in ihrer Rede die wärmste Sympathie für Sowjet-Rußland zum Ausdruck brachten.

Faschistendemonstrationen in Prag

„Demokratie ein Unsinn"

(Eig. Drahtber.) Prag, 22. Dezember.

Am Montag kam es anläßlich einer Versammlung der tschechischen Faschisten zu Straßendemonstrationen. Die Redner erklärten, daß die Demokratie in diesem Staate ein Unsinn sei. Retten könne ihn nur der Faschismus. Das Absingen des Deutschlandliedes im tschechischen Parlament sei eine Provokation, die in keinem anderen Staate der Welt geduldet werden würde. Trotz des polizeilichen Verbotes bildeten die tschechischen Faschisten nach der Versammlung einen Demonstrationszug und marschierten unter fortgesetzten Schmähreden auf Deutsche und Juden, bei denen kein Tschecheetwas kaufen dürfte, vor das „Deutsche Haus". Eine doppelte Polizeikette wurde von der erregten Menge zweimal überrannt. Nachdem mehrere Hetzreden gegen die Deutschen gehalten worden waren, zerstreute sich die Menge.

Große Korruptionen in Griechenland

Athen, 21. Dezember.

Die Regierung Pangalos ist enormen Diebstählen auf die Spur gekommen, die unter der früheren Regierung an Staatsgut vorgenommen wurden. Es handelt sich um das von der Entente in Saloniki und Umgegend zurückgelassene Heeresgut in einem Werte von etwa sieben Milliarden Drachmen, das durch Schieber verkauft wurde. Zu gleicher Zeit wird eine Untersuchung angestellt, warum von der früheren Regierung nicht das billig angebotene rumänische, sondern das viel teuerere und schlechtere amerikanische Getreide gekauft wurde.

Von Stufe zu Stufe ...

Roman einer Frau

21] Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Gleich am zweiten Abend, als ich mit Herrn Steinhart, so hieß der junge Mann, wieder zusammentraf, bat ich ihn um eine kleine Aussprache und erzählte ihm von meinem sechsjährigen Verlöbnis, von Jona und ihrem Leiden und schloß mein Eingeständnis mit den Worten: „Ich habe Ihnen dieses alles nur gesagt, um Ihnen kein falsches Bild von mir zu geben, und möchte Sie bitten, sich das alles wohl zu überlegen, ehe Sie wiederkommen. Ich möchte mich nicht noch einmal an einen Mann gewöhnen und hinterher eine Enttäuschung erleben. Wenn Sie denken, Sie können sich nicht damit abfinden, dann kommen Sie bitte nicht wieder."

Des ersten verstorbenen Kindchens hatte ich nicht Erwähnung getan, denn ich dachte, daß dieses noch Zeit habe, bis ich den Mann besser kannte, wußte ich doch nicht, ob er wiederkam.

Aber am nächsten Abend stand er wieder an demselben Platze, wo wir uns verabredet hatten. Und ohne ein Wort über den letzten Abend zu verlieren, gingen wir wieder zusammen in einen Konzertgarten.

Am folgenden Sonntage sah ich Herrn Steinhart zum ersten Male im hellen Tageslichte. Er sah in dem schwarzen Sonntagsanzuge noch größer und schlanker aus, und das ohnehin blasse Gesicht schien noch schmäler und blasser. Die dünnen Lippen, die trotz seiner sechsundzwanzig Jahre noch bartlos waren, gaben ihm ein fast knabenhaftes Aussehen. Wir unternahmen eine Bootfahrt auf der Leine. Herr Steinhart hatte seinen Rock abgezogen, die Hemdärmel aufgewickelt und griff nun kräftig mit den Rudern aus. Ich saß am Steuer und lenkte den schmalen Rollsitzer geschickt an jeder Böschung vorbei und lenkte ihn vorsichtig am schnellen Graben vorüber (dieses ist ein seitwärts abstürzender Wasserfall, in den schon manches Paar gestürzt ist). Die Sonne leuchtete auf die klare Flut, die bei jedem Ruderschlage wie ein bunter Sprühregen in allen Regenbogenfarben glänzte.

Wir schwatzten dies und schwatzten das — und lauschten dazwischen dem Konzert, das von leichten Winden vom Schützenhause herübergetragen wurde.

Der graue Alltag war versunken, wie lauter Sonnengold lag dieser Sonntag vor mir, der seit Jahren der erste war, an dem ich wieder jung sein durfte, an dem ich wieder Anteil nahm an den harmlosen Freuden, die das Leben bot.

Manchmal schloß ich die Augen und verglich in Gedanken die letzten sechs Tage, mit den letzten sechs Jahren .... Wenn ich dann den jungen Mann da vor mir ansah, da fühlte ich nur zu gut, daß Jugend zu Jugend gehört .... und daß die alten Männer sich nur so dumme, unerfahrene Mädchen suchen, um in ihren vier Wänden zu hocken und sich an der unschuldigen Unwissenheit zu ergötzen und ihre erstorbenen Gefühle zu erwärmen und beleben. Nun beneidete ich jenes Mädchen nicht mehr, das nun bald als Herrin in Buchenau in die Räume einziehen würde, die ich mir als Zukunftsstatt erträumt hatte.

Der alte Mann, der vierundzwanzig Jahre älter war als sie, würde ihr nicht mehr Freuden bieten, als er mir geboten hatte. Sie würde Mutter werden, wie ich es geworden war ... und er würde seine Frau belügen, wie er mich belogen hatte ... Und wenn er dem Eheleben

Eine Weihnachtsausgabe des Romans

„Von Stufe zu Stufe"

ist zu dem riesig billigen Preise von 2.80 Mark in der kommunistischen Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße Nr. 50 sowie bei den Kolporteuren der Partei erhältlich.

keinen Geschmack mehr abgewinnen konnte, hatte er Geld genug, um wieder auf heimlichen Wegen junges Wild zu erjagen.

Herr Steinhart sprach nicht viel über seine eigenen Verhältnisse. Er hatte mir im Laufe der Zeit erzählt, daß er Handwerker sei und daß sein Vater im selben Berufe seit langen Jahren selbständig sei, und eine kleine Werkstatt habe. Seine Mutter sei tot und seit ihrem Tode sei er aus der Fremde zurück, um den kleinen Geschwistern eine Stütze zu sein. Die Kleinste sei erst vier Jahre alt und eine achtzehnjährige Schwester führe den Haushalt.

Das hörte sich so gut und traulich an, daß ich dachte: Ein Mann, der so gut zu den kleinen Geschwistern ist, wird auch sicher einmal ein guter Vater zu meinem Kinde sein.

Und einmal saßen wir in der Eilenriede, da erzählte er mir von seiner Jugend und seiner Kindheit. Seine Mutter mußte bald nach seiner Geburt in die Sammetweberei gehen, weil der Vater zu wenig verdiente und er habe, damit die Mutter ihn stillen konnte, in einem Weidenkörbchen neben dem Webstuhle gelegen. Da nahm ich bebend das blasse Gesicht in meine Hände, drückte es an meine Wange und sagte: „Du armer Junge, darum bist Du wohl so blaß geblieben. Aber jetzt wird das alles bald vergessen sein. Denn, reicher an Liebe sollst Du werden, als jemals Menschen waren auf Erden ...."

In solchen Augenblicken nahm er dann wohl meine Hände in die seinen und sagte: „Ich kann es noch immer nicht glauben, mir ist's, als sei es nur ein schöner Traum, aus dem ich eines Tages erwache und einsehen muß, daß es gar nicht wahr ist. Es ist zu viel, dieses Glück — zu groß, als daß es anhalten könnte."

„Und warum soll es denn zu Ende gehen? Liegt es nicht ganz in unserer Hand, es so zu halten? Es liegt doch nur an uns beiden, wie wir uns unser Leben gestalten."

„Ich fürchte nur, Sie denken zu hoch von mir, Sie machen sich in Ihrer Phantasie ein Bild von mir, dem ich gar nicht gleiche."

„Nun und wenn dem so wäre, wenn ich eine höhere Meinung von Ihnen hätte, als wie Sie sich selbst einschätzen und es liegt Ihnen wirklich daran, daß ich diese Meinung von Ihnen behalten soll, so versuchen Sie, nur immer dem Bilde gleich zu kommen, das ich von Ihnen im Herzen trage, dann wird sich das Leben immer schön für uns gestalten."

„Das ist wohl recht, aber ich habe Ihnen noch etwas zu sagen, das zwischen uns von großer Wichtigkeit ist. Aber ich habe immer den Mut verloren, wenn wir so schön zusammen sind, denn ich möchte die schöne Stunde nicht verderben, weil ich fürchtete, es könnte die letzte sein."

Aber ich bitte Sie, sagen Sie es doch; ich habe Ihnen doch schon am zweiten Abend unserer Bekanntschaft anvertraut, was mich drückte. Haben Sie kein Vertrauen zu mir? Oder ist es etwas Unehrenhaftes?"

„Das gerade nicht."

„Nun, dann können Sie es doch sagen. Ich kenne doch mehr vom Leben als so die meisten jungen Mädchen, und würde Sie darum auch besser verstehen. Nur eins würde ich nicht verzeihen oder mich damit abfinden: wenn ein Mann wegen einer unehrenhaften Sache Gefängnisstrafe verbüßen müßte. Mit solchen Leuten wollte ich nichts zu tun haben."

„O, darüber können Sie ganz beruhigt sein. Ich habe zweimal als Soldat und einmal als Handwerksbursche in Arrest gesessen, aber das zählt ja nicht als Strafe. So etwas passiert wohl jedem einmal. Heute möchte ich es Ihnen noch nicht sagen — ein andermal."

Seit jener Unterhaltung dachte ich oft an sein Geheimnis, und war ihm gar nicht mehr so gut wie vorher, weil er nicht so handelte, wie ich gehandelt hatte. Er ließ die Zeit vergehen, bis erst alle meine Bekannten wußten, daß ich mit ihm ausging, und bis ich mich ganz an die frohen Stunden gewöhnt hatte. Und doch konnte er nicht wissen, ob ich mich später nicht von ihm zurückziehen mußte. War das ehrlich gehandelt? War das nach meiner Auffassung gerecht?

Aber dann dachte ich an mein erstes, verstorbenes Kind und fühlte, daß es eine große, schwere Schuld sein müsse, die mich zur Trennung bewegen könnte, denn ich hatte ja selber so viel zu tragen — und vielleicht war es ganz gut, daß ich einen Mann gefunden hatte, der gleichfalls etwas Schweres erlebt hatte. Da wartete ich, bis er den Mut fand, es zu sagen. Eins tat mir immer weh, wenn wir so drei oder vier Stunden auf der Leine herumgefahren waren, und wir das Boot abliefern, daß er fast einen ganzen Tagelohn dafür hingeben mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Hinter Gitterstäben

Amerikanische Kerkergreuel

Ende November fand in Carolina eine Gerichtsverhandlung statt, deren Gegenstand der plötzliche und unvermittelte Tod einer Anzahl gefangener Neger war. Der dienstbeflissene Gefängnisarzt hatte festgestellt, daß der Tod auf Grund von Hitzschlag erfolgt sei. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um Neger handelt, die besser als irgendeine andere Rasse große Hitze vertragen können, so erscheint dieser ärztliche Bescheid recht zweifelhaft. Das Gericht stellte demgegenüber in seinem Beschluß fest, daß die Gefangenen an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind, die sie erlitten haben.

Auch aus Atlanta im Staate Georgien kommen ähnliche Nachrichten. Dort besteht ein ganzes System von Torturen für Gefangene, die „die Hausordnung verletzen". Eine parlamentarische Kommission für Gefängniswesen stellte fest, daß die Gefangenen mit dem Rücken an einen Pfahl gestellt und ihre Hände um den Pfahl gekettet und an der Rückseite des Pfahls so hoch wie möglich befestigt werden. In dieser hängenden Stellung müssen die Gefangenen viele Stunden aushalten. Eine andere Methode waren die sogenannten Schwitzkästen, in denen die Gefangenen kein Glied rühren können. Nur der Kopf schaut heraus und das Gesicht wird mit Melasse beschmiert, um die in dem heißen Klima so zahlreichen Fliegen anzulocken und den hilflosen Gefangenen zum Wahnsinn zu treiben.

In dem berüchtigten Gefängnis St. Quentin in Kalifornien, wo auf Grund des Antisyndikalistengesetzes zahlreiche Arbeiter schmachten, kam es zu einem Hungerstreik von zwölf I. W. W.-Gefangenen gegen die erneute Verurteilung Verurteilung der Genossin Anita Whitney zu mehreren Jahren Zuchthaus und gegen die schändliche Behandlung der politischen Gefangenen. In diesem Gefängnis erhalten achtzehn politische Gefangene als besondere Strafverschärfung Einzelhaft mit Wasser und Brot und zwei befinden sich in der Dunkelzelle, weil sie den Kampf führten gegen die ungeheuerliche Ausbeutung ihrer Mitgefangenen. Die Genossen hoffen, daß ihr Hungerstreik mit der Unterstützung der draußen kämpfenden Arbeiterschaft eine Besserung des Loses der politischen Inhaftierten erzwingen wird.

*

Das Kerkerregime Primo de Riveras

Der Esperantozeitung „Sennacieulo" entnehmen wir folgende, für sich sprechende Schilderung eines Arbeiters aus Barcelona über die Zustände im faschistischen Spanien.

Alle spanischen Gefängnisse sind überfüllt mit Arbeitern, die der Klassenkampffront angehören; allein in Barcelona liegen mehr als zweitausend Genossen in den Zuchthäusern. Aber unsere Leiden sind dennoch nicht zu Ende. Unser Bürgertum hat sich sehr gut befreundet mit der Diktatur. Unsere Löhne werden immer mehr und mehr erniedrigt, und der achtstündige Arbeitstag, der uns eine ganze Anzahl blutiger Kämpfe kostete, ist fast erledigt, in vielen Betrieben arbeitet man bereits wieder neun oder zehn Stunden.

Unsere Feinde, das Bürgertum und die Polizei, erfinden unermüdlich Einbrüche, Diebstähle und Komplotts gegen die jetzige Regierung. Sie finden immerwährend Bomben, Gewehre und selbst Kanonen und immer bringen sie unsere Genossen als Autoren oder Schuldige mit ihren Plänen in Verbindung. Aber das ist nur die logische Folge unseres Sklaventums und der Inhaftierung unserer Genossen, die somit gezwungen sind, dort zu verbleiben, bis der Tag kommt, an dem sie abgeurteilt werden. Aber das kommt immer zu spät, weil sich die Feinde des Proletariats bewußt sind, daß der Prozeß den sogenannten „Schuldigen" die Freiheit wiedergibt. In Erwartung dessen bleiben unsere Genossen bis zu ihrem Verfall oder gar ihrem Tode in den Gefängnissen.

In den spanischen Gefängnissen geschehen derartig ungeheuerliche Sachen, daß sie nur verglichen werden können mit denen des feudalen Zeitalters. Vor zwei Jahren wurde ein Arbeiter, der sich nicht einverstanden erklärte mit der Kürzung seines Lohnes, in Haft genommen. Seine Lebensgefährtin und seine Kinder leben jetzt im größten Elend. Der Genosse hat während der Zeit seiner Haft so gelitten, daß er augenkrank wurde. Und ohne Arzt, ohne irgendwelche Heilmittel ist er jetzt ganz erblindet. Trotzdem hält man ihn weiterhin im Zuchthaus fest.

Einem anderen, auch vor zwei Jahren inhaftierten Genossen, einem friedlichen Arbeiter, der in jeder Beziehung frei von Schuld war, hat seine Inhaftierung so mitgespielt, daß er sich einbildete, ein Tier zu sein. Jetzt ist er infolge der erlittenen Qualen gehirnkrank geworden und vollständig geistig verblödet. Aehnliche Geschehnisse könnten wir in großer Zahl erzählen, aber letzten Endes würden wir immer wieder nur dasselbe berichten.

Trotzdem wir dieses grausame Sklavenlos zu ertragen haben, sind wir uns unserer Pflicht voll und ganz bewußt und werden sie, soweit es nur in unseren Kräften steht, auch erfüllen.

Ein Arbeiter aus Barcelona.

*

Deutsche in der Guyana-Hölle

Vor Jahren hat der französische Genosse Andre Marty, den man als Meuterer in der französischen Schwarzen Meer-Flotte nach Cayenne deportierte, dort vier ungarische Opfer der französischen Militärjustiz entdeckt, Arbeiter, die die Franzosen in Szegedin verhaftet und später mit sich verschleppt und ins Todeslager von Guyana verschickt haben. Als die französischen Arbeiter von diesem unerhörten Militärübergriff erfuhren und ihre rettenden Schritte unternahmen, waren zwei von den Opfern bereits tot und die zwei übrigen in einer hoffnungslosen Verfassung von Krankheit und Entkräftung. Jetzt wurden zwei Deutsche in Guyana vorgefunden, über deren Schicksal der „Quotidien" (streng bürgerlich!) folgendes berichtet:

„Der eine ist ein während des Krieges in Frankreich verhafteter „Spion", der mit einem gefälschten argentinischen Paß auf den Namen Victorio angetroffen wurde. Er soll Leutnant des Reichsheeres gewesen sein. Das Schicksal des zweiten Deutschen, namens Schwartz, ist weit tragischer. Er stammt von einem bayrischen Vater und einer preußischen Mutter. Er diente bei den Ulanen, dann war er bei der deutschen Feldpolizei im besetzten Gebiet. Er wird gefangen und kommt in ein Internierlager. Und hier entdeckt ein Gerichtsoffizier seinen Geburtsschein. Erstauntes Stirnrunzeln. „Sie sind in Frankreich geboren?" „Ja, in Ajaccio auf Korsika." „Haben Sie für Deutschland optiert?" „Ich weiß von nichts." „Dann sind Sie ja Franzose!" Vierzehn Tage später kommen die ersuchten Mitteilungen aus Korsika an. Schwartz ist tatsächlich dort in den Geburtenregistern eingetragen. Seine Mutter hatte in jener Zeit eine Reise dorthin gemacht und der kleine Bayer war unter französischem Himmel geboren worden. Man hat ihn in der zuständigen Bürgermeisterei angemeldet und sich um weitere Formalitäten nicht gekümmert. Er wurde in den Papieren als französischer Staatsangehöriger weitergeführt, ohne daß er es wußte und nun hatte man ihn statt nach dem Waffenstillstande nach Hause, nach Cayenne geschickt. Er war plötzlich kein Kriegsgefangener mehr, sondern ein Verräter!

*

Hungerstreik im Kischinewer Gefängnis

Kürzlich wurden 54 politische Gefangene aus dem rumänischen Gefängnis Galatz nach der Zitadelle in Kischinew transportiert, nachdem sie sich durch einen mehrtägigen Hungerstreik gegen das unmenschliche Galatzer Gefängnisregime zur Wehr gesetzt hatten. Doch Kischinew ist nicht besser. Jetzt erfahren wir, daß die von Galatz nach Kischinew überführten 54 Gefangenen sich seit sieben Tagen im Hungerstreik befinden. Sie fordern eine menschliche Behandlung und die Entfernung des Siguranzakommissars Marinscu aus dem Gefängnis. Marinescu ist derselbe, der seinerzeit die Gefangenen in Galatz auf das entsetzlichste gefoltert hatte und der vom Militäranwalt nach Kischinew versetzt wurde, um die Gefangenen von neuem zu zwingen, bei ihren erpreßten Geständnissen zu bleiben.

*

Und in Deutschland . . .

Der Arbeiter Wilhelm Matter, der im Sonneberger Gefängnis eine dreimonatliche Kerkerstrafe verbüßt, sah sich veranlaßt, um auch den übrigen Insassen des Gefängnisses ihr Los zu erleichtern, eine Beschwerde an das thüringische Staatsministerium zu richten, in dem die Ausbeutungsmethoden, die in dem Gefängnis herrschen, geschildert werden und in dem u. a. gesagt wird:

„Die Gefangenen wurden trotzdem gut und anstrengend gearbeitet wurde, stets angetrieben und beschimpft. Auch wurde ein gewisser Windrich von dem Justizwachtmeister Dorski folgendermaßen beschimpft: „Den Saubund bringe ich noch auf den Trab!"

Das thüringische Staatsministerium hat es bis heute noch nicht für nötig befunden, irgendwelche Schritte zur Besserung der skandalösen Zustände zu unternehmen.

*

Sowjetrußland — Asyl der Opfer des internationalen weißen Terrors

In Stawropol im Kaukasus sind Flüchtlinge aus Bessarabien in einer Anzahl von etwa 40 Personen eingetroffen. In der Mehrzahl sind es Frauen, deren Männer von der rumänischen Regierung gehängt worden sind. Der Unglücklichen nimmt sich besonders die Rote Hilfe Sowjetrußlands an, die ihnen Unterkunft und Verpflegung verschafft. Die Zahl der aus allen Ländern des weißen Terrors nach Rußland Geflüchteten geht heute schon in die Tausende. Kein Wunder, denn nur Sowjetrußland gibt den Opfern der Klassenjustiz und des weißen Terrors ein gesichertes Asyl.

Schlesische Rundschau

Vor zehn Jahren

Der „Oberschlesische Wanderer", eine sogenannte „neutrale" Zeitung, veröffentlicht unter obiger Ueberschrift jeden Tag „Kriegs-Stimmungsbilder". Eine solche lautet:

20. Dezember:

Das Feuer der deutschen Küstenbatterien vertreibt feindliche Monitor, die Westende beschießen. — Im Luftkampfe bei Brügge wird ein englischer Doppeldecker abgeschossen. — Bei Mojlovac werden die Montenegriner von österreichisch-ungarischen Kräften geschlagen. Die montenegrinischen Stellungen am Tara-Knie südlich von Bjelopolje und bei Godusa werden erstürmt. — Sämtliche englische Truppen von Suvlabai und Anzaczona sind abgebracht worden. — Der Deutsche Reichstag nimmt die Kriegsgewinnsteuer-Vorlagen an.

Warum bringt das Blatt nicht einmal Stimmungsbilder aus der Etappe, wo nationale Helden Sauf- und Freßgelage feierten. Warum schreibt man nichts über die Stimmung der Heimat? Es wäre sehr gut, einmal an jene Erbitterung großer Arbeiterkreise zu erinnern. Aber das will man ja gar nicht. Man meldet nur „deutsche Siege", um Stimmung für einen neuen Weltkrieg zu machen.

*

Kunzendorf, Kreis Neurode. Schlichterpech. Ein Ueberfall wurde auf den von Kolonie Leeden kommenden Schlichter Weiß verübt. In der Nähe der Ziegelei wurde er von einem Mann, der ihm einen Revolver vorhielt, zur Hergabe von 150 Mark genötigt. Der Mann war sicher mit der Schlichterpraxis nicht einverstanden und besorgte sich auf diese Weise einen Ausgleich für vom Schlichter verursachten Lohnausfall. Ohne große Formalitäten.

Dürrkunzendorf. Tödlich verunglückt. Der mit dem Herunterwerfen von Getreide beschäftigte Stellenbesitzer Veit stürzte infolge Fehltritts auf die Tenne herab, so daß er in bewußtlosem Zustand liegen blieb. Der Tod des 65jährigen Mannes trat trotz ärztlicher Hilfe bald ein.

Hirschberg. Selbstmordversuch. Vorige Woche sprang unterhalb des Hausberges ein junges Mädchen in den Zaden. Jäger, die gerade von einer Uebung zurückkehrten, sprangen in das Wasser und holten das Mädchen heraus, das schon bewußtlos war.

Lauban. Fünf Arbeiter durch Gase vergiftet. In der Färberei der Firma Otto Müller u. Co. in Seidenberg waren mit Benzol getränkte Stoffe aufgehängt. Dabei haben sich giftige Gase entwickelt, die fünf in dem Raume beschäftigte Arbeiter bewußtlos machten. Es gelang zwar, vier von ihnen wieder ins Bewußtsein zurückzurufen. Der 23jährige Alfred Schmidt war jedoch schon tot.

Saarau. Neuer Selbstmord. Erschossen hat sich in seiner Wohnung der 50 Jahre alte Steuer-Bevollmächtigte Rudolf Springer.

Kosel. Ein einträgliches Geschäft. In seiner Eigenschaft als Konkursverwalter hatte der Kaufmann Kruppa aus drei Konkursen 5101 Mark unterschlagen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten mit Bewährungsfrist.

Gogolin. 1100 Zentner Getreide und 2000 Zentner Stroh verbrannt. Gestern brach auf dem Dominium Emilienhof ein Großfeuer aus. Zwei große, auf dem freien Felde stehende Schober, enthaltend die Ernte von 110 Morgen, ging in Flammen auf. Der Inhalt der Schober ist mit 1100 Zentner Körner und 2000 Zentner Stroh nicht überschätzt. Es ist nichts gerettet.

Königshütte. Schließung der Königshütte. Die Verwaltung der Königshütte gibt jetzt bekannt, daß vom 20. Dezember bis 6. Januar alle Betriebe geschlossen bleiben und begründet das mit Mangel an Aufträgen. In der Zeit der Betriebsstillegung werden die Hochöfen gedämpft unterhalten, während z. B. die Martinsöfen vollständig ausgeblasen werden. — Ein feines „Weihnachtsgeschenk".

Arbeitersport

Breslau. Mannschaftskämpfe des Athletiksportvereins „Germania 1897". Obiger Verein hatte zur Werbung für den Kraftsport einige Mannschaftskämpfe im Ringen und Gewichtheben mit befreundeten Bezirksvereinen abgeschlossen. Am 17. 12. standen sich in der Turnhalle Brockauer Straße die ersten Mannschaften des Kraftsportklub „Achilles 1" und „A. S. V. 97" bei gutem Besuch von Sportfreunden gegenüber. Im Gewichtheben, ein Zweikampf beiderarmig reißen und beiderarmig stoßen nach Körpergewicht gewertet, bewies der Kreismeister, daß seine Mannschaft, durch die guten Leistungen derselben, seine Form erhöht hat. „A. S. V. 97" mit Ersatz antretend, mußte sich mit 895 Punkten von „Achilles" mit 1040 Punkten geschlagen bekennen. Gute Momente bot der folgende Mannschaftskampf im Ringen in 7 Körpergewichtsklassen. Hier erwiesen sich beide Gegner als gleichwertig, da sechs Kämpfe unentschieden verliefen. Im Halbschwergewicht nutzte Faulde (Achilles) ein Schwächemoment seines Gegners geschickt aus und konnte für seinen Verein einen knappen Sieg sicherstellen. Am Sonntag, den 20. Dezember, standen sich in der Turnhalle Yorkstraße die zweiten Mannschaften beider Vereine gegenüber; im Fliegengewicht verlor „Achilles" kampflos; der folgende Kampf in sechs Klassen sah nach schönen Kämpfen „A. S. V. 97" zweite Mannschaft über Achilgles 2 mit 7:5 als Sieger. Anschließend stieg der Retourkampf im Ringen zwischen Sportklub „Jugendkraft" Hundsfeld und der ersten Mannschaft von „A. S. V. 97". Die Hundsfelder, denen es in ihrem Ort während der letzten Zeit an völliger Trainingsmöglichkeit mangelt, mußten sich trotz ihrer in allen Klassen körperlichen Ueberlegenheit von den eifrigen „Germanen" mit 10:2 Punkten geschlagen bekennen. Py.

— Der SC. Eichenlaub 1910, mehrfacher Bezirks- und Kreismeister von Schlesien im Ringen, weist hiermit nochmals auf seine am Freitag, den 25. Dezember 1925 (1. Weihnachtsfeiertag), nachmittags 5 Uhr, im „Preußischen Hof" in Oswitz stattfindende Soiree hin. Der Reingewinn kommt der Jugend zugute. Im Rahmen der Veranstaltung gelangen interessante Ringkämpfe, Boxkämpfe, Ringerfreiübungen usw. zur Aufführung. Eintritt: 60 Pfg. mit Steuer. Nach 12 Uhr gemütliches Beisammensein mit Tanz, unter Mitwirkung eines Männer-Gesangvereins.

Der SC. Eichenlaub 1910 wird im Jahre 1926 einige Städtewettkämpfe veranstalten. Die Verhandlungen mit erstklassigen Ringermannschaften sind bereits abgeschlossen. Vereinsnamen wie SC. Berolina, Neukölln, Kreismeister von 1925/26 der A-Ligaklasse von Groß-Berlin, bürgen für interessante und technisch erstklassige Kämpfe. Berolina kommt mit seiner vollen Liga-Meistermannschaft nach Breslau. Die Mannschaft tritt vom Fliegen-Schwergewicht in folgender Aufstellung an: May, Weyke, Droas, Hentschel, Seelenbinder, Schnakenberg und Sorron, alles Namen von gutem Klang, welche auch in Schlesien bekannt sein müßten. In dieser Aufstellung gelang es der Mannschaft, die Freie Kraftsportvereinigung Rüstringen-Wilhelmshafen mit 18:6 zu schlagen. Dann folgt der SC. Lurich 02 (Berlin), hinter Berolina der zweite Preisträger für 1925/26, der A-Ligaklasse von Berlin. Die Lurichmannschaft kennt Eichenlaub und verfügt über gutes Ringermaterial, u. a. den besten Berliner Leichtgewichtler Willi Meyer, demselben gelang es beim Mannschaftskampf im Ringen 1924 in Berlin den ehemaligen bekannten Leichtgewichter von Eichenlaub, „Max Wolf", nach einigen Sekunden zweimal auf die Schultern zu legen. Der nächste ist vorauszichtlich die Kraftsportvereinigung Auerbach im Vogtland. Auerbach ist vor nicht allzu langer Zeit aus dem bürgerlichen Lager in den AAB. Deutschland übergetreten; in seiner Mitte befindet sich der mehrfache deutsche Meister im Leichtgewicht, Bruno Hedel. Auerbach ist eine der besten Mannschaften des 6. Kreises, es gelang ihr, den bekannten Leipziger Bezirksmeister „Eichenkranz" mit 12:2 überlegen abzufertigen. Verhandlungen über eine geplante Turnee des Bundesmeisters 1924/25, Turn- und Sportverein Fürth i. B., sind im Gange. Es wird vielleicht möglich sein, einen Kampf, welcher mit großen finanziellen Opfern verbunden ist, nach Breslau zu bekommen. Bekanntlich konnte die Eichenlaubmannschaft 1924 bei der Gruppenmeisterschaft in Leipzig Fürth mit 13:11 seine Ueberlegenheit beweisen. Die Austragung der Kämpfe sowie alles Nähere erfolgt durch die Tagespresse. Brudervereine, welche geneigt sind, gegen eine der erwähnten Mannschaften mit anzutreten, wollen sich betreffs weiterer Vereinbarung der Kämpfe an Willi Bittner, Breslau 10, Große Dreilindengasse 26, wenden.

Geibsdorf. Gruppenvorturnerstunde des 14. Kreises, 10. Bezirk, 1. Gruppe. Am 13. Dezember fand die Gruppenturnstunde in Geibsdorf statt. Anwesend waren 19. Turngenossen. Drei Vereine waren nicht vertreten. Erst wurden Lauf und Freiübungen geturnt, dann wurde zu den drei Hauptgeräten Reck, Barren und Pferd übergegangen. Die Uebungen waren leicht und verständlich aufgebaut. Um 12 Uhr fand das Praktische sein Ende. Anschließend wurde gleich zur Sitzung übergegangen, welche folgende Tagesordnung hatte: 1. Kritik, 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. Die Kritik verlief sehr lau, weil alle mit dem Turnstoff zufrieden waren. Der alte Turnwart legte wegen Ueberlastung sein Amt nieder. Der Turngenosse Oskar Böhm, Geibsdorf, wurde als Gruppenturnwart einstimmig gewählt. Als zweiter bleibt der alte in seinem Amt. Die Wahl des Gruppenspiel- und Sportwarts wurde bis zur nächsten Turnstunde zurückgestellt. — Unter Punkt Verschiedenes gab Turngenosse Berger einen kurzen Bericht von der Gruppensitzung. Der Gruppenbeitrag soll von jetzt ab in Wegfall kommen. Es wurden dann noch einige wichtige Angelegenheiten durchgesprochen. Vor allem wurde dem alten Turnwart, welcher mit aufopfernder Hingabe für den Arbeitersport gearbeitet hat, ein kräftiges Frei Heil ausgerufen. Die nächste Turnstunde findet in Greiffenberg statt. Der Tag wird noch in der Arbeiter-Turnzeitung bekanntgegeben.

Königszelt. Neubildung des Kreises Ia (Arbeiter-Athletenbund Deutschland), umfassend die Kraftsportvereine des ehemaligen II., IV. und V. Bezirks. Nach langem Bestreben der Kraftsportvereine obengenannter Bezirke wurde endlich zur Gründung eines neuen Kreises geschritten, in welchem der geographischen Lage der Gebirgsvereine mehr Rechnung getragen wird. Die Gründungsversammlung war von Delegierten sämtlicher Vereine gut beschickt, bis auf den V. Bezirk. Noch einmal gab Hermann Greilich (Peterswaldau) die Gründe und den Zweck der Trennung vom I. Kreise (Breslau) bekannt, welches von allen Anwesenden herzlich begrüßt wurde. Die engere Kreisleitung setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender: Hermann Greilich Peterswaldau, Neurodter Straße 172; Kassierer: Emil Köhler, Weißstein, Sandstraße 1a; Schriftführer: Rudi Freitag, Königszelt, Bahnhofstr. 5. Die Neueinteilung der Bezirke der Kreise Ia: I. Bezirk: der ehemalige IV. Bezirk mit Langenbielau; II. Bezirk: bleibt der Waldenburger; III. Bezirk: der ehemalige V. Bezirk, mit Neurode. — Hoffen wir, daß der neue Kreis durch tatkräftiges Unterstützen der Vereine wachse und gedeihe. Auch bitte ich hiermit nochmals die Vereinskassierer um baldige Zuführung der Kreisbeiträge an den Kreiskassierer Emil Köhler, Weißstein, Sandstraße 1a, um eine geregelte Geschäftsführung zu ermöglichen.

Frei Heil! Auf, ans Werk! Freitag, Bezirksvert.

Der Betrug an den Beamten

Die Not der unteren und mittleren Beamten ist so gestiegen, daß sogar die Regierung Luther sich gezwungen sieht, wenigstens etwas zu tun. Die Berliner Demonstration hat Druck hinter die gerechten und notwendigen Forderungen der Beamten gesetzt.

Der Beamtenausschuß hatte eine Erhöhung der Zuschläge von 12½ auf 25 Prozent beschlossen. Die Regierung ließ aber durch Luther im Reichstagsplenum am 15. Dezember erklären, sie werde und „könne" diesem Beschluß nicht nachkommen und sie ließ durch den bayrischen Volksparteiler Leicht einen Antrag einbringen, der nur eine einmalige Beihilfe von 30 Mark zuzüglich 10 Mark für die Frau und fünf Mark für ein Kind vorsah.

Als im Reichstag darüber abgestimmt wurde, ob der Regierungsantrag zuerst abgestimmt werden soll, stimmten von der Sozialdemokratie auch die Abgeordneten Hermann Müller und Otto Wels mit allen bürgerlichen Parteien dafür, zuerst über den Antrag Leicht — also den wenigstbietenden Antrag — abzustimmen. Dieses Vorgehen der beiden sozialdemokratischen Parteiführer verursachte in ihrer eigenen Partei eine solche Aufregung, daß die „Linken" (Rosenfeldt, Sender usw.) demonstrativ den Saal verließen, um damit gegen den Umfall ihrer Fraktionsführer zu Luther zu protestieren.

Das unerhörte Verhalten der Müller-Wels ist um so weniger verständlich, als sie es gar nicht nötig hatten. Wäre nämlich der Antrag des Ausschusses zuerst abgestimmt und dabei abgelehnt worden, so bestand immer noch die Möglichkeit für den Antrag Leicht zu stimmen. Dabei wäre aber das gesamte Bürgertum und seine parlamentarische Vertretung vor den hungernden Beamten entlarvt worden. Die Müller-Wels haben nicht nur die Beamteninteressen mit Füßen getreten, sie haben sogar wiederum, um ihre Koalitionsneigung zu beweisen, den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit eines Ausweichens gegeben.

Daß die gesamte sozialdemokratische Presse dieses Vorgehen Müller-Wels verschweigt, ist kein Wunder. Daß aber auch die „linken" SPD.-Blätter in dieselbe Kerbe einhauen, zeigt, wie stark die Rosenfeldt-Sender-Dißmann noch an die rechte Politik Müller gebunden sind.

Das Auftreten der Müller-Wels beleuchtet aber auch ihre Stellung zur Reichspolitik überhaupt. Diese SPD.-Führer können doch sonst nicht genug den Mund vollnehmen in „Oppositionsreden" gegen die Gehaltspolitik der Luther-Regierung. Hier hatten sie eine Gelegenheit, in der Praxis etwas für die Beamten herauszuholen. Aber bei dem geringsten Stirnrunzeln Luthers fallen sie um und begnügen sich mit den paar Bettelpfennigen für die seit Monaten wartenden Beamten. Damit zeigen die Müller-Wels aber in aller Deutlichkeit, daß sie auch nicht gewillt sind, selbst wo sie die Möglichkeit dazu hatten, den Beamten zu helfen.

Wenn jetzt zu Weihnachten die Gehaltsempfänger der unteren Gruppen enttäuscht vor ihren Frauen und Kindern mit fast leeren Händen stehen werden, mögen sie sich nicht nur die Demagogie der Rechtsparteien, die obendrein — trotz der angeblich fehlenden Mittel — noch für die höheren Beamten eintraten, sondern sich auch den erneuten Verrat der sozialdemokratischen Führer Müller-Wels vor Augen halten.

Die KPD. hatte als einzige Partei auf die Annahme der an sich schon ungenügenden Ausschußanträge bestanden. Sie, die nicht durch Koalitionsrücksichten an die Bourgeoisie gebunden ist, war es, die energisch für die Linderung der Not der Beamten eintrat. Die KPD. ist es auch, die gegen die Verelendung breiter Schichten ankämpft; eine Verelendung, die durch die Abwälzung der Daweslasten auf ihre Schultern herbeigeführt wird. Nur wenn die unteren und mittleren Beamten es verstehen, in Gemeinschaft mit den klassenbewußten Arbeitern die außerparlamentarische Front gegen Steuerraub, Lohndrückerei und Geldverschleuderung an die ehemaligen Fürsten zu bilden, wird ihnen geholfen werden können.

Staatssekretär Trendelenburg überbrachte gestern dem französischen Handelsminister Daniel Vincent die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge vom 25. Oktober.

Die italienische Regierung hat in Bozen verboten, Weihnachtsfeiern in der bisherigen Weise vorzunehmen und einen geschmückten Tannenbaum aufzustellen, da diese Feiern den Italienern unbekannt sind.

Zum Lohnkampf der Eisenbahner!

Am 18. Dezember fand im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen über die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zur Beilegung des Lohnkonfliktes bei der Reichsbahn statt. Es zeigte sich, daß das Reichsarbeitsministerium alles versucht, um die Verhandlungen recht lange zu verschleppen. Bis zur Stunde ist noch kein Schlichter ernannt worden, so daß mit dem Stattfinden der Verhandlungen in den nächsten Tagen nicht zu rechnen ist. Bezeichnend ist das Verhalten der Organisationsvertreter. Statt mit allen Mitteln auf sofortige Verhandlungen zu dringen, erklären diese, daß, wenn die Verhandlungen nicht mehr vor Weihnachten stattfinden könnten, dann dies eben sofort nach den Feiertagen geschehen müsse. Dieses Verhalten von Organisationsvertretern muß den schärfsten Protest der Eisenbahnarbeiter hervorrufen. Es hätte unbedingt verlangt werden müssen, daß auch die Eisenbahner wie die Beamten und städtischen Arbeiter sofort eine Wirtschaftsbeihilfe ausgezahlt bekommen.

Der Gang der bisherigen unverbindlichen Besprechungen hat gezeigt, daß, wenn die Eisenbahner nicht zum Kampf greifen, sie noch Monate lang sich mit den jetzigen Hungerlöhnen zufriedengeben müssen.

Amnestiekundgebung im Sächsischen Landtag

(Eig. Drahtb.) **Dresden**, 18. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtags kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Kommunisten forderten, die Amnestieanträge im sofort einzuberufenen Rechtsausschuß zu beraten. In der Sitzung waren Frauendelegationen anwesend, die, als die Sozialdemokraten den kommunistischen Redner am Sprechen verhindern wollten, ihrer ungeheuren Entrüstung Ausdruck gaben. Der sozialdemokratische Landtagspräsident unterbrach die Sitzung und ließ die Tribüne räumen. Die linken Sozialdemokraten waren während dieser Zusammenstöße außerhalb des Plenums geblieben.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Stephan 37 490

Täglich 8 Uhr
Gastspiel Elly Leux
Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Der Orlow

Sonntag nachmittag 3½ Uhr
Uschi

Spielplan der Weihnachtsfeiertage
Nachmittags:
Freitag, nachm. 3½ Uhr:
Der Rastelbinder
Sonnabend, nachm. 3½ Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Zum 25. Male:
Wiener Blut
Sonntag, nachm. 3½ Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Gräfin Mariza

Abends:
Freitag, Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr:
Gastspiel Elly Leux — Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Der Orlow

Praktisches
Weihnachts-Geschenk
fabelhaft billig
1 guter Herren-Anzug
in dunkelblau und braun
mit modernen Nadelstreifen
gute, wollige, haltbare Ware
der ganze Anzug
3,10 Mtr. nur 13.50 Mk.
auch gegen Nachnahme
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft
Gustav Rassau
Herrenkleiderkasse
Berlin C 2, Stralauer Str. 10

Lobetheater

„Cyrano von Bergerac"	Montag, 21. 12., 8 Uhr
„Cyrano von Bergerac"	Dienstag, 22. 12., 8 Uhr
„Schneewittchen und die sieben Zwerge"	Mittwoch, 23.12., 3 Uhr
„Cyrano von Bergerac"	Mittwoch, 23. 12., 8 Uhr
Geschlossen!	Donnerst., 24.
„Schneewittchen und die sieben Zwerge" zum ersten Male	Freitag, 25.12., 3 Uhr
„Hans Sonnenstößers Höllenfahrt"	Freitag, 25. 12., 8 Uhr
„Schneewittchen und die sieben Zwerge"	Sonnabend, 26.12., 3½ Uhr
„Hans Sonnenstößers Höllenfahrt"	Sonnabend, 26. 12., 8 Uhr
„Schneewittchen und die sieben Zwerge"	Sonntag, 27.12., 3½ Uhr
„Hans Sonnenstößers Höllenfahrt"	Sonntag, 27. 12., 8 Uhr
„Hans Sonnenstößers Höllenfahrt"	Montag, 28. 12., 8 Uhr

Thaliatheater

„Durch den Rundfunk"	
„Durch den Rundfunk"	
„Durch den Rundfunk"	
Geschlossen!	
„Durch den Rundfunk" Uraufführung!	
Gastspiel Ludwig Stössel „Champagner"	
„Durch den Rundfunk"	
Gastspiel Ludwig Stössel „Champagner"	
„Durch den Rundfunk"	
Gastspiel Ludwig Stössel „Champagner"	
Gastspiel Ludwig Stössel „Champagner"	

Liebich-Theater
Tel. Stephan 34646
Dezember 1925
Täglich 8 Uhr
Gastspiel des Russischen National-Balletts Eltzdorff

Der größte Lacherfolg Amerikas
Zum 1. Male in Europa
A. Robins
der wandelnde Musikladen

Gustav Jacoby
der Vortragsmeister vom Rhein

Ramon Prieto
mit seinen wunderbaren Eisbären
und das große Weihnachts-Fest-Programm

Eintrittspreise von 1 Mark an

Jeden Sonn- und Feiertag 3½ Uhr
Familien-Nachmittags-Vorstellung
Das volle Programm zu halben Preisen

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 20. bis 27. Dez.
Sonntag, den 20. Dezember, nachm. 3 Uhr
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Hänsel und Gretel
abends 7½ Uhr
Undine
Montag, den 21. Dezember, abends 7½ Uhr
Das versiegelte Lachen
Dienstag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr
Aida
Mittwoch, den 23. Dezember, abds. 7 Uhr
Jenufa
Donnerstag, den 24. Dezember
Geschlossen
Freitag, den 25. Dezember, nachm. 3 Uhr
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Der tolle Mond
Hierauf: Die Propensee
Freitag, den 25. Dezember, abends 7 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
Lohengrin
Sonnabend, den 26. Dezbr., nachm. 3 Uhr
Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Undine
Sonnabend, den 26. Dezember, abds. 7 Uhr
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Das versiegelte Lachen
Sonntag, den 27. Dezbr., nachm. 6 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg

Preiswerte
Weihnachtspräsente
Josef Reim
Zigarrenhandlung
Weißenburger Straße 3

Jamaika-Rum-Verschnitt
große Flasche Mk. 3,25
sowie Flaschen zu 2.25, 1.65, 1.10
Prima Qualität!
Verkaufsstellen: Klosterstraße 69, Rehdigerstraße 10, Brüderstraße 30, Tauentzienstraße 153.
Emil Beihoff
Likörfabrik Breslau

Biete aus meinem modernen
Molkerei-Betrieb
pasteurisierte u. tiefgekühlte
Vollmilch, Magermilch
Schlagsahne u. Kaffeesahne
Täglich frisch. Speisequark
Ich suche noch Wiederverkäufer
Emanuel Kroll
Alsenstr. 21 Tel. Ohle 5646

Wir empfehlen unsere
Büchdruckerei
zur Anfertigung und billigsten Preisberechnung von
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Flugblättern
Programmen
Eintrittskarten
und alle anderen Drucksachen
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50

Für die **Viva-Buchhandlung**, Breslau, Trebnitzerstraße 50, wird per bald ein
Buchhändler gesucht
Derselbe muß Branchen-Kenntnisse besitzen, im Literatur-Vertrieb bewandert und Parteimitglied sein
Zuschriften unter **K. E. 100** an die Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Breslau, Trebnitzerstraße 50

Bis 25ten Dezember muß das Postabonnement auf die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"
erneuert werden.

Dieser Bestellzettel ist der dortigen Post bezw. dem Postboten auszuhändigen

Bestellzettel.
Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat Januar 1926 bei der Postanstalt in .....
..... Exemplare der Zeitung
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"
zum Preise von monatlich 2.25 Mk. zur Lieferung ins Haus
Name .....
Stand .....
Wohnung .....

Lokales

Partei in Not —

Die „Partei-in-Not"-Marken können gekauft werden bei jedem Funktionär der Kommunistischen Partei, bei dem Polleiter, der Betriebs- und Straßenzelle, bei dem Unterbezirksleiter und auf dem Breslauer Parteibüro, Trebnitzer Straße 50.

— Helft der Partei

Weihnachtslied

O Tannenbaum, o Tannenbaum, —
Sechs Zweiglein sind dein alles.
So klein und dürr — man sieht dich kaum;
Du hast in einem Stiefel Raum.
O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Du Sinnbild unsres Daseins!

O Weihnachtsmann, o Weihnachtsmann, —
Du gehst vorbei ins Weite.
Hast ein zerfetztes Röckchen an,
Bringst nichts, was Kinder freuen kann.
O Weihnachtsmann, o Weihnachtsmann, —
Auch dein Geschäft ist pleite.

O stille Nacht, o heilige Nacht
In ungeheizter Stube!
Das Christkind hat sich fortgemacht.
Es schläft das Recht, die Feme wacht.
O stille Nacht, o heilige Nacht
O Wulle und o Kube!

O Friedensfest, o Liebesfest, —
In Not und Angst Millionen!
Und wer sich's nicht gefallen läßt,
Den setzt die Republik fest.
O Friedensfest, o Liebesfest, —
Beim Rumfutsch oder Bohnen.

O Weihnachtszeit, o selige Zeit, —
Es hungern selbst die Flöhe.
Doch ob nach Milch der Säugling schreit,
Der Stahlhelmbund steht putschbereit. —
O Weihnachtszeit, o selige Zeit —
Hosianna in der Höhe!

Jolly.

Der Arbeiter und die kapitalistische Presse

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Schon oft hat der organisierte Arbeiter in seinem Fachblatt gelesen, schon sehr oft hat er in Versammlungen gehört, die wenigen, aber inhaltsreichen Worte: „Lest die Arbeiterpresse — meidet die kapitalistische Presse." Doch leider muß immer wieder festgestellt werden, daß das Gehörte und Gelesene wenig Beachtung findet. Arbeiter, merkt ihr nicht die Verdummungstheorie in den Spalten dieser Blätter, fühlt ihr nicht die Ohrfeigen, die täglich in diesen Zeitungen an euch ausgeteilt werden? Glaubt ihr denn durch die sensationslüsterne Artikelschreiberei einer sogenannten Unabhängigen Presse vom Schlage der „Breslauer Neuesten Nachrichten" euer geistiges Niveau heben zu können? Geistig eingelullt werdet ihr im wahrsten Sinne des Wortes, es wird alles so schön mundgerecht gemacht, daß ihr nur einzunehmen braucht, um dann fest und ruhig zu schlummern. Ein geistiges Gift ist es — schlimmer als Alkohol —, was diese Art von Zeitungen verbreitet, um die Masse denkunfähig zu machen. Arbeiter, ihr dürft in Zukunft nicht mehr euer so sauer verdientes Geld dem schlimmsten Feinde in den Rachen werfen und dadurch seine Giftquellen stärken. Das ernste Bestreben eines jeden auch nur einigermaßen klassenbewußten Arbeiters muß es sein, diese Giftquellen zu verstopfen und zum Versiegen zu bringen. Deshalb heraus mit dem verseuchenden Gift aus jeder Arbeiterbehausung, eine solche Zeitung muß euch gerade gut genug sein, an verschwiegenem Orte Verwendung zu finden.

Lest die Arbeiterpresse! Lest die Zeitungen, die eure Interessen und innerste Ueberzeugung vertreten, deren Redakteure tagtäglich mit der Gefahr, ins Zuchthaus zu wandern, in eurem Interesse schreiben. Lest die Arbeiterpresse, die euch Wankelmütige aufrüttelt, euch zeigt, wo der Feind steht, und an praktischen Beispielen täglich beweist, daß sie den ernsten Willen hat, euch immer zu helfen. Lest die kommunistische Arbeiterpresse als einzige Quelle, aus der der klassenbewußte Arbeiter die unverhüllte Wahrheit erfährt. Nur aus der kommunistischen Arbeiterpresse erfährt der Arbeiter sein wahres Verhältnis zum Kapitalismus und zum Staat. Darum, ihr Arbeiter, nicht zaudern, nicht schwanken, energisch zugepackt und die kapitalistische Presse, soweit dieselbe in euren Behausungen noch vorhanden ist —

hinausgeschmissen!

Einmalige Zahlung an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen teilt mit, daß entsprechend der einmaligen Zahlung, die noch vor Weihnachten den Beamten gewährt werden soll, auch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Rente und der nach Maßgabe der Bedürftigkeit zustehenden Zusatzrente erhalten. Die auf die Zusatzrente entfallende Zahlung soll von den Fürsorgestellen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden. Die Fürsorgestellen werden den Tag der Auszahlung in der ortsüblichen Weise bekanntmachen. — Die Auszahlung der einmaligen Beihilfe für die Rentenempfänger, die auf Zusatzrenten keinen Anspruch haben, erfolgt voraussichtlich am 28. Dezember zusammen mit der Januarrente. Infolge des bei der Zahlung der Renten durch die Post eingeführten Systems hat sich die Zahlung vor Weihnachten nicht für alle Rentenempfänger ermöglichen lassen.

Glückwunschkarten zu Weihnachten und Neujahr dürfen, wenn sie in Form von Postkarten offen versandt und im Fernverkehr gegen die Gebühr von 3 Pfg. befördert werden sollen, außer den sogenannten Absenderangaben (Absendetag, Name, Firma, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, Fernsprechnummer, die Telegrammanschrift und Telegrammschlüssel sowie Postscheck- und Bankkonto und sonstige geschäftliche Merk- und Kennworte) auch noch die für Teildrucksachen zugelassenen Aenderungen und Zusätze bis zu fünf Worten, die in sachlichem Zusammenhang mit dem Vordruck auf der Karte stehen müssen, wie „wünscht Dein" oder „zum Jahreswechsel sendet mit Gruß" und dergleichen enthalten. Auf Glückwunschkarten, die in offenem Briefumschlag verschickt werden, sind andere als die Absenderangaben sowohl im Orts- als auch im Fernverkehr nicht gestattet, wenn die Beförderung für eine Gebühr von 3 Pfg. erfolgen soll. Mit Zusätzen der oben erwähnten Art bis zu fünf Worten kosten sie 5 Pfg. Gedruckte Besuchs-(Visiten-)Karten, auf denen handschriftlich mit höchstens fünf Worten oder üblichem Anfangsbuchstaben Glückwünsche, gute Wünsche, Danksagungen, Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht sind, kosten, in offenem Umschlag versandt, ebenfalls 5 Pfg. Unzureichend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. Um Weiterungen zu vermeiden, kann daher den Versendern nur dringend geraten werden, die angegebenen Bestimmungen zu beachten.

Neue Propaganda für Arbeits- und Werksgemeinschaft

(rrp.) Die Bourgeoisie nützt die Notlage, in die das Proletariat durch die Wirtschaftskrise und die Stillegungsoffensive geraten ist, zu einem Versuche aus, die Arbeiter neuerlich mit arbeitsgemeinschaftlichen Ideen zu vergiften. Mit dem Hinweis auf die angebliche allgemeine Not sollen die Arbeiter zu freiwilligem Verzicht auf die tarifmäßig festgelegten Löhne und Arbeitsbedingungen bewogen und von Kämpfen um die Besserung ihrer elenden Lage abgehalten werden. So setzt z. B. ein Scharfmacherblatt wie die „Bergwerkszeitung" auseinander, daß der Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften durch Kündigung der Arbeitsgemeinschaft (!) hervorgerufen wurde. Die „Bergwerkszeitung" vom 9. d. M. schreibt:

„**Vielfach hat es innerhalb der freien Gewerkschaften wenigstens bei den älteren und besonneren Elementen verstimmt, daß man die Bande der Arbeitsgemeinschaft gelöst hat. Diese Elemente haben eingesehen, daß gerade der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in Zeiten wirtschaftlicher Not doppelt wertvoll ist. Die Arbeitsgemeinschaft ist darin zur Notgemeinschaft geworden, die beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammenführt und auf Grund gleicher Grundbedingungen (!) leichter den Weg finden läßt, auf dem man aus dieser Krise wieder herauskommen kann. Während hier früher immer das Hindernis der Verständigung bildete, daß die Arbeitnehmer nie an den schlechten Geschäftsgang in der Industrie glauben wollten, haben sie heute handgreifliche Beweise dafür täglich selbst vor Augen. Damit ist aber der Boden gemeinsamer Verständigung geebnet.**"

Den freien Gewerkschaften werden die christlichen und Hirsch-Dunckerschen, die jetzt bereits wieder nach der Arbeitsgemeinschaft schreien, als Muster vorgehalten. Aehnlich schreibt der Unternehmervertreter Rausch in den „Düsseldorfer Nachrichten" vom 13. d. M., man dürfe die „wirtschaftsaufbauenden, national eingestellten Berufsvertretungen" nicht mit den Klassenkampforganisationen zusammenwerfen. Ehrlicher Verständigungswille und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit seien in der Zeit der Krise notwendig." „Vertrauen zwischen den beiden großen Interessenvertretungen, der beiden Grundpfeiler der Wirtschaft, Kapital und Arbeit, wird es auch ermöglichen, an Stelle der im Jahre 1918 gegründeten, inzwischen zusammengebrochenen Arbeitsgemeinschaft eine neue, allen Anforderungen gerecht werdende Gemeinschaft zu bilden. Damals galt es, die deutsche Wirtschaft vor dem Bolschewismus zu retten. Es ist ein unbestrittenes Verdienst der Gewerkschaften, die Wirtschaft vor diesen verheerenden Utopien gerettet zu haben. Auch jetzt wiederum gilt es, die starken Erschütterungen des deutschen Wirtschaftskörpers zu mildern und geordnete Verhältnisse herbeizuschaffen."

Wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, daß die Krise auf ihre Kosten mit Kurpfuschermethoden kuriert wird, so ist das natürlich „Bolschewismus". Die Unternehmeragenten provagieren auf diese Weise den Bolschewismus wirklich mit überragenden Argumenten.

Zur Provagonda der „Arbeitsgemeinschaft" gehört auch der neueste Schwindel der „Werkszeitungen", die als Gegengift gegen die Betriebszeitungen der Arbeiter den Gedanken der „Werksgemeinschaft" propagieren sollen. Der berüchtigte Scharfmacherhäuptling Vögler hat diese „Werkszeitungen" auf dem Eisenhüttentag gepriesen und die „Bergwerkszeitung" vom 16. Dezember widmet ihm einen Artikel, dem sie als Waffe „im Kampf um die Seele des Arbeiters" gerühmt werden. Diese Werkszeitungen sollen in möglichst harmloser Form den Arbeitern Interesse für ihre Firma beibringen, ihnen einreden, daß der Unternehmer wie ein Vater für sie sorgt. Die Werkszeitung muß sich — so lesen wir da — „auch der Umgebung des Arbeiters annehmen, seiner Lieben zu Hause, seiner Interessen an der Jugend, an dem Schicksal der Wirtschaft, die ihm nahe liegen und seiner Ideenwelt täglich begegnen". Die Werkszeitung soll geschickt geschrieben sein, daß der Leser den Eindruck bekommt:

„Da ist jemand, der es gut mit dir meint, der dir den rechten Weg zeigen will, ohne dich belehren, belehren oder für seine Zwecke einfangen zu wollen" (und soll als eine Art Kirchenersatz, ein neues „Opium fürs Volk") „außer den Berichten über das Geschehen der Welt auch Gedanken bringen, die geeignet sind, den, der sie nachdenkt, über das tägliche Einerlei hinweg in eine reine Sphäre zu heben, die nichts mehr gemein hat mit dem Erdenleid und Erdenenge. Die Liebe zur Heimat, zur Kräftigung des Körpers, zur Pflege und Erziehung unseres kostbaren Besitzes, unserer Jugend, alles das muß in der Werkszeitung eine dauernde Stätte finden."

Schön gesprochen! Ueber das höhere ideale Geschwätz soll der Proletarier den Kohldampf vergessen und das tägliche Einerlei der Ausbeutung. Ja, die Unternehmer sind bereit, etwas von den Kommunisten zu lernen. Die Werkszeitung soll den Betriebszeitungen auch darin nacheifern, daß sie Arbeiterkorrespondenzen bringt. Neben dem Redakteur, der also ein „idealistisch" veranlagter Schmierfink sein muß, „soll auch der Arbeiter, jeder Werksangehörige selbst auf diesem Gebiet zu Wort kommen können. Er soll selbst Beiträge liefern, wenn er etwas zu sagen weiß, das er für wichtig genug hält, es im Rahmen der Zeitung seinen Mitarbeitern kundzutun. Hochwillkommen sind solche Beiträge gerade von Werksangehörigen."

Das glauben wir, daß es „hochwillkommen" ist, wenn sich Arbeiter für diesen Schwindel einfangen lassen. Denn was ist der Zweck der Uebung?

„Der Gedanke der Werksgemeinschaft soll in den Werkszeitungen eine Pflegestätte finden. Es soll erstrebt werden, daß der einzelne Werksangehörige, vom Direktor bis zum jüngsten Lehrling, sich als Mitglied der großen Familie fühlt, die das Werk ernährt, denen es Arbeit und Brot, Freud und Leid und dann in unserem Dasein alles Schöne gibt, das eben gerade wir Deutschen in unserem ausgeprägten Familiensinn erwarten."

Nur sind leider die Verhältnisse so, daß der Arbeiter von der „Freud" die das Werk gibt, nichts, von dem Leid Tag für Tag nur viel merkt. Daran werden die schönsten Werkzeitungen nichts ändern und ihre Arbeit wird darum vergebens sein. Nichtsdestoweniger müssen alle klassenbewußten Arbeiter vor diesem schleichenden Gift auf der Hut sein und das wirksame Gegengift bereiten:

Betriebszellen-Zeitungen!

Breslau, General-Mitgliederversammlung K. J. und K. J.

Dienstag, den 22. Dezember, Lokal „Roter Löwe", Kupferschmiedestraße, 8 Uhr.

— **Großer Schaden durch Wasserrohrbruch.** Am Sonntag, früh 4½ Uhr, wurde die Feuerwehr nach Matthiasstr. 3/5 gerufen, wo durch einen Wasserrohrbruch die Keller aller umliegenden Häuser unter Wasser gesetzt waren. Mit zwei Pumpmaschinen mußte die Feuerwehr mit aller Intensität zu Werke gehen. Der Straßenverkehr von Kreuzburger Straße bis Waterlooplatz mußte gesperrt werden.

— **Die städtischen Warmbäder** bleiben am 25. und 26. Dezember 1925 und am 1. Januar 1926 geschlossen. Am 24. Dezember 1925 werden die Bäder um 6 Uhr, am 31. Dezember 1925 um 7 Uhr abends geschlossen. Sonntag, den 27. Dezember 1925 (3. Feiertag), ist Badebetrieb wie an jedem Sonntage.

Zwei Schutzpolizeibeamte von Einbrechern angeschossen. In der Nacht zum Sonntag wurden bei einem Schankwirt in der Försterstraße nach Einschlagen des Schaufensters Wurstwaren und Spirituosen gestohlen. Eine Streife der Schutzpolizei hatte den Einbruch bemerkt und weckte den Wirt. Als verdächtige Personen nicht wahrgenommen wurden, setzten die Beamten ihre Streife fort und stießen dabei in der Ecke Kreuzburger- und Waisenhausstraße auf zwei Männer, von denen der eine eine gefüllte Aktentasche trug. Als der eine Beamte den Inhalt der Tasche feststellen wollte, zog der Mann blitzschnell eine Pistole heraus und schoß damit auf beide Beamte, die schwer verletzt wurden.

Hunger, Not, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Prostitution, Verbrechertum — zeigen die Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an.

Das Straßburger-Gastspiel im Zirkus-Busch-Gebäude, das am ersten Weihnachtsfeiertage seinen Anfang nimmt, wird den Breslauern mancherlei Ueberraschungen bringen. Ein Riesenprogramm beschert uns die Direktion des bekanntlich bei Breslau beheimateten Unternehmens zum Feste. Edle Rassepferde von seltener Schönheit, deren der weltberühmte Straßburgersche Marstall eine außerordentliche Anzahl besitzt, werden in neuen und glänzenden Dressurkünsten paradieren und die hervorragendsten Reiter und Reiterinnen des vorbildlichen zirzensischen Instituts werden in bravourösen Akten uns zu stürmischen Beifallsbezeugungen hinreißen. Eine Menge von erstklassigen Attraktionen gibt im Laufe der Vorstellung Beweise erstaunlichen artistischen Könnens, und nicht weniger als zehn Spaßmacher werden sich mit Erfolg bemühen, unsere Lachmuskeln in Bewegung zu setzen. 20 sibirische und Nordpolarbären sowie der einzig dastehende Wunderelefant „Jambu" dürften in besonderem Maße unsere Jugend begeistern. Trotz der kolossalen Kosten hat die Direktion Eintrittspreise angesetzt, wie sie gleich niedrig nie zuvor hier üblich waren. An allen drei Feiertagen finden je zwei Vorstellungen (nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr) statt. Kinder zahlen nachmittags halbe Preise. (Siehe Inserat.)

Dittersbach städt. Die dummen Kälber wählen ihre eigenen Metzger selber. Am Sonntag, den 13. Dezember, fand die Wahl des neuen Gemeindevorstehers statt. Es wurde Herr E. Lotze mit fünf Stimmen Mehrheit gewählt. Wahlberechtigt waren acht Gemeindevertreter (in Wirklichkeit durften nur sieben wählen). Diese setzen sich zusammen: Bürgerliche 3, SPD. 3, Parteilos 1, Kommunisten 1. Wie war es möglich, daß Herr Lotze Gemeindevorsteher wurde? Antwort: Herr Lotze hat sich selbst mit seinen zwei Anhängern gewählt und dazu zwei SPD.-Stimmen erhalten. Was sagt der SPD.-Mann Opitz dazu? Haben ihn doch seine zwei Genossen verlassen. Jener zukünftige Gemeindevorsteher ist indirekt der Arbeitgeber der SPD.-Wähler. Er wird stets in Gemeindesachen z. B. Erwerbslosenfürsorge, für sie bestimmt nichts übrig haben. Im übrigen ist die Wahl als ungültig zu betrachten, da etliche Fehler vorgekommen sind. Sollte es zu einer nochmaligen Wahl kommen, Arbeiter und SPD.-Wähler, seid zur Stelle und setzt euch die Arbeiter eurer Genossen an! Arbeiter, es hat Leute unter Euch, die den Posten auch bekleiden können.

Klettendorf. Erwerbslosenversammlung. Ein Erwerbsloser schreibt uns: Am Mittwoch, den 16. Dezember, wurden die Erwerbslosen der Gemeinde Klettendorf zu einer Versammlung eingeladen. Um wieder das Ansehen in Klettendorf zu erringen, hauptsächlich bei den Erwerbslosen, da selbiger jetzt auch erwerbslos ist, referierte Amts- und Gemeindevorsteher a. D. Srowig. Er sprach aber mehr über politische Dinge als zur Sache. Auch sprach er über die Notstandsarbeiten, welche die Gemeinde verrichten läßt. Unter anderem führte er aus: Er habe mit dem Besitzer Dieckfeld von hier gesprochen, ihm Acker für einen in Aussicht genommenen Sportplatz abzulassen. Selbiger hat ihm auch zugesprochen, aber keinen Abschluß gemacht. Diese Fläche hätten aber Arbeiter in Pacht. Da diese von der Pacht nicht abließen, wurde die Versprechung rückgängig gemacht. Diese Arbeiter sind seinen Aeußerungen nach schuld, daß weitere Erwerbslose nicht beschäftigt werden können. Jetzt soll gegen den kleinen Bauern das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Bei der Firma, die mehrere hundert Morgen besitzt, erlaubte man sich nicht zu enteignen, nur bei dem Kleinen, der selber nicht satt zu essen hat. Das Solidaritätsgefühl und das Gefühl der Nächstenliebe scheint Herr Srowig als Gemeindevorsteher nicht besessen zu haben, denn er beschäftigte vorzugsweise die Erwerbslosen, die seiner Partei angehören. Weiter machte der Referent bekannt, daß ab Montag, den 21. Dezember, der neue Gemeindevorsteher sein Amt übernimmt und legte diesem ans Herz, da selbiger auch anwesend war, in denselben Bahnen zu wandeln wie er. Na, da wird er nicht weit wandeln, denn da muß er ja auch so enden wie Herr Srowig. Herr Srowig erwähnte noch, daß die Kommunisten das rote Flugblatt: „Der Fall Srowig" verbreitet hätten. Das brauchen die Kommunisten nicht zu tun, dazu hat er ja seine „Freunde". Mit einem schwachen Hoch auf die „völkerbefreiende" Sozialdemokratie schloß die Versammlung. Die Kommunisten erwiderten dasselbe mit einem kräftigen „Heil Moskau!".

★ Parteiveranstaltungen ★

Breslau.
— Bez. Nordost. Programme zur Feiertagsveranstaltung bis Dienstag bei Knappe, Fürstenstraße 15, abrechnen.
— Bez. Nordost. Dienstag, 7,30 Uhr abends, alle Theaterspieler bei Kleinert, Hirschstr. 6.

Liegnitz. Dienstag, 29., General-Zellenmitgliederversammlung im Reichsadler.

★ Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.
— Dienstag, abends 7,30 Uhr, im Roten Löwen, Mitgliederversammlung.

Breslau Jung-Spartakus-Bund.
— Bez. West. Dienstag, 7,30 Uhr, Treffpunkt bei Wind, Marianne[nstraße]. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Roter Jungsturm. Dienstag, abends 7,30 Uhr, im Roten Löwen Kupferschmiedestraße, Versammlung der gesamten Ortsgruppe.

Sonstige Organisationen

RH. **Breslau.** Dienstag, 7,30 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.
JAH. Heute, Dienstag, den 22. 12., abends 7 Uhr, Schießwettbewerb. Winterspende für die Kinder.

Die Rentabilität der Waldenburger Gruben

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Seit Jahren behaupten die Waldenburger Grubenbesitzer, ihre Werke seien unrentabel. Sie verweisen dabei auf die schwachen Kohlenflöze und das zerklüftete Gebirge und auf die schlechte Qualität der Waldenburger Kohle. Diese wiederholte Behauptung hat auch bei den Waldenburger Gewerkschaftsführern Glauben gefunden. Doch die Kumpels wollten und wollen daran nicht glauben. Die Aussagen des Generaldirektors Tillers von den Hermsdorfer Gruben, als Sachverständiger bei dem Stadtbankprozeß, vernichten alle Lügennachrichten über die Unrentabilität. Am 25. Dezember sagte der Generaldirektor aus:

„Im Januar 1924 war die Lage der Industrie infolge der Stabilisierung und der Ruhrbesetzung im ganzen Reich die gleiche. Im Waldenburger Revier waren die Verhältnisse nicht schlecht, die Werke hatten keine Schulden und hatten während der Inflation Neuanlagen für billiges Geld geschaffen. Ein Teil der Werke, die die Neuanlagen nach der Stabilisierung errichten mußten, waren schlechter daran, doch konnte die Wirtschaftslage auch dieser Werke nicht als schlecht bezeichnet werden. Wie überall im Reich, so wurden auch hier durch die Inflation die flüssigen Mittel verloren. Doch waren die Werke im Besitz von Effekten und kleineren Guthaben bei den Banken. Die gute Lage war daraus zu erklären, weil die Zahlungen für gelieferte Kohle sofort eingingen, was nur mit Hilfe des straffen Apparates des Kohlensyndikats möglich war. Nach der Stabilisierung wurden die alten Zahlungsbedingungen eingeführt und die Kunden erhielten 6 Wochen Kredit. Auch jetzt war die Wirtschaftslage der Werke nicht so ungünstig, daß sie keine Effekten kaufen konnten, doch mußten sie einen besonderen Wert fürs Werk besitzen. Ein anderer Teil der Werke, die noch Neuanlagen auszuführen hatten, waren gezwungen, Kredite aufzunehmen."

Es war die Zeit, in der die Arbeitszeit unter Tage von 7 auf 8 Stunden verlängert wurde. Jeder Kumpel erinnert sich noch an den Herbst 23, wie er mit trockenem Brot, mit einigen Kartoffeln oder ohne Brot in die Grube fuhr. Die Wünderungen in Gottesberg, Altwasser, Dittersbach, Neurode sind noch in aller Erinnerung. Die damals verhängten Strafen lauteten auf Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Der Jungarbeiter Springer erhielt zwei Jahre und 6 Monate Zuchthaus dafür, daß er als erster die Scheibe eines Gesäßes verweigerte. Der Hauptangeklagte im Stadtbankprozeß soll 3 Jahre Gefängnis erhalten. Rühle und Schlüter haben Millidrei Jahre Gefängnis. Rühle und Schlüter haben Millionen unterschlagen. Springer handelte in Empörung, ohne auch nur den geringsten persönlichen Vorteil davon zu haben.

Aus dem oben angeführten treten zwei Dinge klar zu Tage: 1. Die wirtschaftliche Lage der Waldenburger Gruben war 1924 und 24 eine gute. Trotzdem erhielten die Bergarbeiter nur Hungerpfennige, und die Arbeitszeit wurde verlängert. 2. Die deutsche Justiz ist eine Klassenjustiz. In dem Buchstaben erstarrt, ist sie voller Haß gegen die Arbeiterklasse.

Ausbeutung der Lehrlinge

Viktor-Grube in Gottesberg.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Hier haben die Lehrlinge den tariflichen Schichtenlohn laut Tarif von 1,50 Mark im vierten Lehrjahr. Die gesetzliche Arbeitervertretung stellte nun dauernd den Antrag auf Bezahlung der Zeit, die die Lehrlinge zum Besuch der Bergschule brauchen und Bezahlung des Schulgeldes. Erst ein Gewerbegerichtsurteil mußte hier die Unternehmer eines Besseren belehren. Dieser Einzelfall, der die schofle Handlungsweise der Unternehmer bloßlegte, veranlaßt sie aber noch lange nicht, ihr Unrecht auch gegenüber den anderen Lehrlingen (die nicht geklagt haben, einzugestehen. Sie weigern sich strikte, den übrigen Lehrlingen rückwirkend vom 1. Dezember 1924 die Freistellung und das Schulgeld zu gewähren, wollen sich nur einem neuen Gewerbegerichtsurteil beugen. Die Lehrlinge sollen also jeden Monat, wo ihnen Unrecht geschehen ist, extra klagen. Größer kann bald die Unverschämtheit der Unternehmer nicht sein. Lehrlinge bekommen im ersten Jahre 0,76 M., im zweiten 0,97 M., im dritten 1,30 M. und im vierten Jahre 1,51 M. tarifliches Schichtenlohn ausgezahlt, bei zehnstündiger Arbeitszeit. Man würde sich sogar nicht scheuen, die Lehrlinge in der Nachtschicht und am Feuer als Zuschlager zu beschäftigen (vorgekommen ist es schon), wenn die Arbeitervertretung nicht eingegriffen hätte.

Die Antwort auf unsere Kritik

Als Antwort auf unsere in der letzten Beilage „Betrieb und Werkstatt" veröffentlichte Kritik, liefen bei uns nur zwei Schreiben ein. Bezeichnenderweise sind beide Betriebsberichterstatter nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei. Der eine sandte uns den in der heutigen Nummer veröffentlichten Bericht „Krise im Schneidergewerbe". Der andere sendet uns einen Aufsatz: „Der Arbeiter und die kapitalistische Presse". In dem Begleitschreiben gebraucht er u. a. folgenden Satz: „Es hat mich gefreut, daß Sie die Worte ‚müßte allgemeine Anerkennung finden ...' gestrichen haben. Im Zusammenhang mit dem übrigen war das zweifelsohne falsch". In der besprochenen Beilage „Betrieb und Werkstatt" schreibt er:

„Ohne mich bei dem anderen Artikel aufzuhalten, halte ich den Artikel „Der Stahlhelm als Streikbrecher!" als geeignet, die Allgemeinheit der Lesergemeinde zu interessieren, weil er beweist, wie all rechtsstehenden Vereine, Bünde und Verbände, gleich welchen Namen sie führen, nur das eine Ziel verfolgen: die Arbeiterschaft zu zersplittern. Furchtbar bedauerlich ist es, daß sich Arbeiter finden, die derartigen Verbänden sich als Verbrecher an ihren Volks- und Arbeitsgenossen hingeben. Wie gesagt, halte ich den Artikel deshalb für gut, weil er tatsächlich Bedeutung für die Allgemeinheit hat und ich kann auch nicht finden, daß der Artikelschreiber zuviel Worte gemacht hat. Alle anderen Artikel haben doch schließlich nur eine beschränkte Bedeutung und waren nur für den Kreis der beteiligten Arbeiter bestimmt."

Den letzten Satz dieses Schreibens müssen wir ohne weiteres unterstreichen. Ein Teil unserer Betriebsberichterstatter versteht es nicht, die Berichte so zu schreiben, daß sie auch für die Kollegen in den anderen Betrieben und Orten interessant sind. Um dies zu erreichen, genügt es nicht über nur einen Meister zu schreiben, oder über irgendeine zufällige freche Aeußerung oder Tat desselben, sondern es muß stets ein Bild von dem gesamten Betrieb gegeben werden.

Die Redaktion.

Offensive der Glasfabrikbesitzer

Kurzarbeit und Betriebsstillegungen — Tarifbruch durch die Arbeitgeber

In den von uns bereits gemeldeten Stillegungen und Kurzarbeiten in der schlesischen Glasindustrie, laufen weitere Meldungen unserer Betriebsberichterstatter ein. Danach steht in Reinerz der Betrieb Knüttel und „Papiermühle" mit einer Belegschaft von 150 und 70 Mann vor der Stillegung. Der Glasbetrieb Rückers mit einer Belegschaft von 204 männlichen und 34 weiblichen Arbeitern hat am 12. Dezember beim Regierungspräsidenten die Genehmigung auf Stillegung des Betriebes nachgesucht. Als Grund zu der beantragten Stillegung wird angeführt: Völliger Niedergang der Industrie und Mangel jeglicher Aufträge. Interessant ist in diesem Schreiben der Satz: „So schwer uns dies fällt, sehen wir trotz allen Anstrengungen keinen anderen Ausweg mehr." Freilich fällt es den Kapitalisten schwer, auf die Ausbeutung der Proleten zu verzichten.

Massenentlassungen als Weihnachtsgratifikation

Glasfabrik Scharff in Gleiwitz-Petersdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der Glasfabrik Firma C. Scharff, Gleiwitz-Petersdorf, wurden am Freitag, den 31. Dezember bei einer Belegschaftsstärke von etwa 150 Mann, 100 Arbeiter gekündigt. Der letzte Arbeitstag ist der 31. Dezember. Als Grund der Entlassung wurde durch Anschlag bekanntgegeben, daß der Betrieb „naturnotwendig reparaturbedürftig" sei. Der wirkliche Grund für diese unerhörte Weihnachtsüberraschung für die Gleiwitzer Glasmacher ist aber folgender:

Auf Grund des Manteltarifes stehen den Glasarbeitern bei sogenannten Ofenreparaturen 70 Prozent Zuschlag zu ihrem Tagelohn zu. Die Firme weigert sich, diesen tariflichen Zuschlag zu zahlen, und findet für ihren Tarifbruch keine andere Lösung, als die zwei Drittel der Belegschaft aufs Straßenpflaster zu werfen.

Diese Gewaltmaßnahme der Glasgewaltigen muß in der gesamten deutschen Glasarbeiterschaft einen starken Entrüstungssturm wecken. Was hier vorliegt, ist nichts weiter als die Verschleierung für einen Tarifbruch. Wie heute die Gleiwitzer Glasarbeiter aufs Straßenpflaster geworfen werden, so wird morgen die Probe aufs Exempel Schule machen für die gesamte Unternehmerschaft.

Aufgabe des Zentralverbandes der Glasarbeiter ist es, gegenüber dem ungeheuerlichen Tarifbruch sofort die entscheidenden Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Firma C. Sch. für ihre Maßnahme keinesfalls Arbeitsmangel angeben kann, sondern die vorliegenden Aufträge gestatten noch auf Monate hinaus die Gesamtbelegschaft voll zu beschäftigen.

Schon seit längerer Zeit macht sich in den Reihen der deutschen Glasarbeiterschaft, insbesondere auf Grund der rigorosen Lohnpolitik, eine gereizte Empörung bemerkbar. Die einzelnen Gewerkschaftsvertreter glaubten dieselbe, indem sie die Arbeiter auf einen großen Kampf im Frühjahr vertrösten, unterdrücken zu können. Jetzt gibt es keine Vertröstung mehr. Die Glasarbeiter müssen in ganz Deutschland von Gewerkschaftsführern sofortiges Handeln verlangen. Nicht mehr Gewehr bei Fuß stehen, heißt jetzt die Parole, sondern: Glasarbeiter vor die Front!

Schrebergartenverein Linke-Hoffmann

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Am 18. Dezember veranstaltete der Schrebergartenverein LHL eine Weihnachtsfeier. Die Zusammensetzung des Programms konnte auch bei einem Krieger- oder Kirchenverein keine andere sein. Als Einleitung wurde das „Stille Nacht, heilige Nacht" von den Kindern gesungen. In dem Einakter „Verachte arme Kinder nicht" wurde den anwesenden Arbeitern etwas vorgeführt, was im wirklichen Leben nicht zu finden ist. Eine reiche Familie nimmt sich einer Waise an. — So etwas kennt der Arbeiter nicht. Der Hirten- und Puppchenreigen, Fielchens Waldabenteuer, der Geburtstagsonkel und der vorgetragene Prolog muteten einen an, als befänden wir uns nicht in Deutschland mit den scharfen Gegensätzen zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, sondern irgendwo auf dem Monde. — Für einen Preis von 12 Mark verpachtet Linke-Hoffmann an seine Arbeiter Parzellen von je 200 Quadratmeter. Der Beweggrund liegt klar auf der Hand. Durch die vielen Arbeiten auf den Gartenparzellen sollen die Arbeiter keine freie Zeit haben, um über ihre Lage, über politische und wirtschaftliche Fragen nachzudenken. Die irregeleiteten Arbeiter tun ein übriges dazu, indem sie den Schrebergartenverein gründeten und aufhörten, Klassenkämpfer zu sein. Es muß diesen Arbeitern gesagt werden, daß sie mit Hilfe der je 200 Quadratmeter Land und durch Gründung des Schrebergartenvereins dem Klassenkampfe nicht ausweichen können. Jeder einzelne deutsche Arbeiter wird gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

Unerhörte Zustände

Johanna-Grube in Mikultschütz.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der letzten Zeit sind wieder zwei Unglücksfälle mit Todeserfolg auf dieser Anlage zu verzeichnen. Wieder ist es der Betriebsrat, der keine Untersuchung einleitet. Vor einiger Zeit wurde der junge Bartsch zu Tode gequetscht. Der Steiger Woiczichowski soll nach Zeugenaussagen schuld sein an dem Tode des Bartsch. Wir ersuchten den Betriebsrat, einen Christen, dies zu untersuchen und den Verantwortlichen zur Anzeige zu bringen. Nichts ist geschehen. Seine Aufgabe ist in der Hauptsache, das Sterbegeld auszuzahlen.

Die Ordnung bei Lohn- und Vorschußzahlungen ist himmelschreiend. Die Frauen verlieren in dem Gedränge ihre Tücher und die Kumpels ihre Hosen. Die Steiger, die sonst die Kumpels anbrüllen wie einen Ochsen, hört man überhaupt nicht am Schalter.

Bei den Seilfahrten werden überhaupt die Vorschriften nicht eingehalten. Da fehlen Laternen und Türen in den Schalen. Kohlenwagen und Menschen werden zusammen eingehangen. In der Grube werden die Kumpels zu 20 bis 25 Mann zusammengepreßt. Aus der Grube dürfen aber nur 14 Mann auf einer Etage fahren. Die Kumpels müssen ohne Licht einfahren, die Herren „Oberhauer" aber fackeln lustig mit ihren Lampen auf der Schale. Alles nach Vorschrift!

Auf der Grundstrecke in der zweiten Sohle ist alles mit leeren Wagen verstellt, und die Arbeiter müssen, mit ihren Pulverbüchsen auf dem Rücken, über diese hinwegklettern. Wo ist die Vorschrift?

Am Barbaratage konnte man sehen, wie besoffen die einzelnen Beamten hin- und hertorkeln, bis zum nächsten Tag am frühen Morgen wurde im Kasino gezecht.

Strafen sind hier auf der Tagesordnung.

Die Zustände im Badehaus sind schlimmer wie in einem Gefangenenlager. Auf jedem Aufzuge haben zwei bis drei Kumpels ihre nassen Sachen hängen, trocken werden die überhaupt nicht. Wenn ein Haken reißt, so muß ihn der Kumpel, auf dessen Namen er geschrieben ist, selbst bezahlen. Diese Maßnahme ist unerhört. Und der Betriebsrat schweigt dazu!

In den Abbaustrecken wird solange gefördert, bis diese zusammenbrechen und alles Holz und Gestänge darunter begraben wird. Die Arbeiter müssen dann wieder alles neu zurichten.

Wir rufen euch Kumpels zu: es ist nicht notwendig, daß ihr eure Gesundheit und Knochen aufs Spiel setzt, wenn ihr die Bergpolizeiverordnung beachtet. Viele von euch werden unter Tarif bezahlt; auch das wird aufhören, wenn ihr euch organisiert. Wirtschaftlich muß alles in den Deutschen Bergarbeiterverband und politisch in die Kommunistische Partei; dann werden all die Mißstände von uns gemeinsam beseitigt werden.

Mißhandlung eines Knechtes

Bauergut Herde in Alt-Wartha.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Eine feine Arbeitsstelle muß beim Bauerngutsbesitzer Herde in Alt-Wette sein. Beim Einschütten des Pferdefutters bekamen die Söhne des Besitzers mit einem Knecht Streit. Daraufhin kündigte derselbe. Der erwachsenen Söhne ziehen über den körperlich schwächeren Knecht her und schlagen ihn derartig kaputt, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß. Jetzt stellt es sich heraus, daß der Knecht, der schon längere Zeit dort beschäftigt war, überhaupt nicht an der Krankenkasse angemeldet war. Wie wir erfahren, soll die ganze Geschichte angezeigt sein.

Hoffentlich ziehen alle anderen Knechte und Mägde eine Lehre aus solchen Vorgängen und kämpfen mit den Kommunisten für eine bessere Gesellschaftsordnung, in der auch dem einfachsten Bauernknecht und der Magd ihr Recht zuteil werden.

Wie ausgebeutet wird

Niederschlesische Licht- und Kraftindustrie in Gl

Zu dem am 8. Dezember veröffentlichten Bericht erhe[illegible] den Rechtsanwälten Dr. Jacobsohn und Dr. Coblenz im [illegible] Herrn Thun eine zwei Seiten lange Berichtigung. U. a. [illegible] derselben: „Die Angaben des Artikels sind unwahr. Herr [illegible] wird durch diesen Artikel aufs schwerste beleidigt. Herr [illegible] den Obermonteur Machon nicht ausgebeutet. Machon verschweig[illegible] er außerdem zwei Mark pro Tag Verpflegung erhalten hat. Die [illegible]rückhaltung des Gehaltes ist erfolgt, weil Machon in den Verdacht ge[illegible]raten ist, Unterschlagungen begangen zu haben und die Firma sonst ge[illegible]schädigt war."

Die Berichtigung entspricht durchaus nicht den Anforderungen des Preßgesetzes. In derselben werden die von uns aufgestellten Behauptungen nur bekräftigt. Der Unternehmer ist unter keinen Umständen berechtigt, die Auszahlung des Lohnes an seine Arbeiter zu verweigern. Wenn sich Herr Thun durch den Ausdruck „ausgebeutet" beleidigt fühlt, so empfehlen wir ihm, an Hand des Lexikons festzustellen, was dieser Ausdruck im Deutschen bedeutet. Im kapitalistischen Produktionsprozeß beutet jeder Arbeitgeber (Produktionsmittelbesitzer) seine Arbeiter aus. Dies geschieht in der Form, daß er einen Teil der geleisteten Arbeit nicht bezahlt und das Geld in Form des sogen. Mehrwerts in die eigene Tasche steckt. Wenn die Angaben des Herrn Thun stimmen, so erhielt der Obermonteur Machon einen Stundenlohn von 52 Pfg. in Geld und 25 Pfg. in Verpflegung, in Summa 77 Pfg. Wahrlich, eine fürstliche Entlohnung für einen verantwortlichen Arbeiter!

Die Krise im Schneidergewerbe

(Von unserem Breslauer Betriebsberichterstatter.)

Die Krise im Schneidergewerbe greift immer mehr um sich. Viele selbständige kleine Meister gehen stempeln. Dieser Tage hat sich der Schneidermeister Otto R..., Ruiterstraße 31,

durch Leuchtgas das Leben genommen.

Er war 48 Jahre alt. Etwa 800 Schneider und Bügler gehen stempeln. In diese Zahl sind nicht eingerechnet die weiblichen Arbeitskräfte und die Zuschneider. Die Firma Widawer u. Zerkowski ist in Schwierigkeiten. Die Firma Georg Brinnitzer A.-G. soll genügend Aufträge haben, kann jedoch wegen angeblichem Geldmangel nicht arbeiten lassen. Auf der anderen Seite führt die Firma einen Erweiterungsbau aus, der „bloß" 90 000 Mark kosten soll. Durch Vermietung dieser Räume rechnet die Firma mit einer jährlichen Einnahme von 9000 Mark.

Die Firma A. W. C., Sonnenplatz, hat sämtliche Leute entlassen. Nur drei Kriesverletzte und der Betriebsrat werden beschäftigt. Am 30. November erschienen die Arbeiter auf Bestellung im Betrieb, sie wurden erneut nach Hause geschickt und auf den 3. Dezember bestellt. Als sich die Schneider und Näherinnen am 3. Dezember wieder einfanden, erhielten sie einen Entlassungsschein ohne Papiere mit dem Vermerk „Werkurlaub". Netter Urlaub zu den Feiertagen. Die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter sind zum größten Teil unorganisiert. Sie haben es noch nicht verstanden, die Firma auf Zahlung von drei Schichtlöhnen zu verklagen.

Die große Arbeitslosigkeit führt dazu, daß verschiedene Kollegen sich bereit erklären, unter dem Tarif zu arbeiten. So z. B. traf ich bei dem Zwischenmeister Winkler, Alsenstraße 79, einen Bügler, der dort für einen Stundenlohn von 40 Pfg. arbeitete. (Der Tarifstundenlohn beträgt 60 Pfg.)

Für die Kollegen und Kolleginnen im Schneidergewerbe gilt dasselbe wie für die anderen Arbeiter: Hinein in die freie Gewerkschaft und vorwärts als geschlossene Organisation zum Kampf gegen die Ausbeuter!

Lokales

Partei in Not —

Der Genosse Willy Kreß, der seit zweieinhalb Monaten krank liegt und deshalb nicht in der Lage ist, die Partei finanziell zu unterstützen, übersandte dem Zentralkomitee der Partei einen goldenen Ring als Beitrag zum Partei-Notopfer. — Dieses Beispiel aufopfernder Solidarität muß alle Genossen anspornen, die Kampagne „Partei in Not" zu steigern.

— Helft der Partei

Aufschrei!

(Von einer Arbeiterin.)

Mein Liebster sitzt im Zuchthaus
Für Freiheit und für Recht.
Begnadigt jeder Mörder
Und jeder feile Knecht!

Sein stolzer freier Sinn
Muß in den dicken Mauern
Versauern und vertrauern.
Sein starker Leib siecht hin.
Er schlägt sich an der Wand
Den kahlrasierten Schädel
Und kommt um den Verstand.

Ich werd' ein altes Mädel
Und trete die Maschine,
Werd' alt und grau dabei.
Konnt' man ihn nicht erschießen?
Wozu die Quälerei?

Mein Liebster sitzt im Zuchthaus,
Nun sind es schon fünf Jahr,
Vergessen und verraten.
Bald ist es nicht mehr wahr!

Verraten und vergessen!
Ihr wißt von seiner Pein!
Mein Liebster sitzt im Zuchthaus! —
Ich kann schon nicht mehr schrein.

Ich trete die Maschine.
Nun ist es bald genug.
Ich trete die Maschine
Und jeder Stich ein Fluch!

Der Kampf der Notstandsarbeiter

Vor einigen Tagen fand in den „Hubertussälen" eine Versammlung der Notstandsarbeiter statt. Von den 650 in Breslau vorhandenen Notstandsarbeitern waren über 500 anwesend. Kollege Kaffanke erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat. Der anwesende Genosse Stadtverordnete Ammon wurde beauftragt, im Stadtparlament einen Dringlichkeitsantrag auf Bewilligung einer einmaligen Unterstützung zu stellen. Darüber hinaus wurde gefordert,

gleicher Verdienst für alle Notstandsarbeiter,

und zwar 66 Pfennige Stundenlohn. Die Erhöhung des Stundenlohnes um 25 Prozent wurde gefordert. Bisher betrug der Stundenlohn der Notstandsarbeiter durchschnittlich 55 Pfg., und nur in einer Gruppe 66 Pfg. Die in der Versammlung gewählte Kommission verhandelte am Sonnabend mit dem zuständigen Dezernenten Stadtrat Tilch. Es ist ihr gelungen, die Bewilligung folgender Forderungen zu erzielen:

Einmalige Unterstützung für ledige Notstandsarbeiter in Höhe von 10 Mark, für Verheiratete 15 Mark, für Verheiratete mit 1—2 Kindern 20 Mark, mit 3—4 Kindern 25 Mark und mit 5—6 Kindern 30 Mark.

Die Notstandsarbeiter werden für die Erfüllung der anderen Forderungen weiterkämpfen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird sie in ihrem Kampf mit allen Mitteln unterstützen.

Der Jüngsten Fahnenweihe

Der Jung-Spartakus-Bund, Gruppe Ost, hatte gestern nach dem Konzerthaus „Oberbayern" zu seiner Fahnenweihe aufgerufen. Aus allen Bezirken waren dazu die Kinder mit ihren Eltern erschienen, so daß trotz der ungünstigen Vormittagszeit der Saal vollgefüllt war. Das Programm befriedigte die Erschienenen vollkommen, wenn auch in Zukunft das Gesamtprogramm nur von den Kindern bestritten werden soll.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der von der Musik vorgetragenen Internationale. Daran schlossen sich Darbietungen der Spielgemeinschaft, des Roten Frontkämpferbundes, der Musikkapelle und des Gesangvereins Eos. Besondere Aufmerksamkeit fand das Barrenturnen der Freien Turnerschaft, 2. Schülerabteilung. Die kleinen Kerls bewiesen, daß sie trotz der elenden gesundheitlichen Lage ihrer Klasse nichts unversucht lassen, um ihre Gesundheit zu bessern, und durch Kraft und Mutstählung und innigster Verbindung mit der revolutionären Kinderorganisation sich auf den Endkampf vorzubereiten. Ebenso großen Anklang fanden die von den Jungpionieren der Gruppe Ost vorgetragenen Rezitationen.

Im letzten Teil des Programms sprach ein Genosse der Jugend über Zweck und Ziele des Jungspartakusbundes. Der reiche Beifall zeigte, daß die Eltern, falls es bisher nicht der Fall war, in Zukunft ihre Kinder der kommunistischen Jugendorganisation zuführen.

Dann folgte die Weihe der prächtigen Fahne, die unter dem Beifall der Anwesenden ihrer Bestimmung übergeben wurde, das Symbol des Kampfes der jüngsten Generation des revolutionären Proletariats zu sein.

—as.

Weihnachtspakete für Strafgefangene

müssen bis zum 23. d. Mts. mittags 12 Uhr abgegeben werden.

Erziehung und Margarine-Reklame

Es muß einen beträchtlichen finanziellen Gewinn bringen, Geschäft mit Kindererziehung zu verquicken. Die von den Margarinekapitalisten herausgegebenen Kinderzeitschriften „Der kleine Coco" und die „Die Blaubandwache" sind die Dukatenbringer. Für wen ist die Margarine zum Kochen und sogar zum Essen bestimmt? (Ich behaupte immer, die „Margarete" schmeckt nach Seife.) Ausschließlich für diejenige Bevölkerungsschicht, die nur mit wenigen Pfennigen das ihr zum Leben Notdürftigste kaufen kann, das Proletariat. Was sagt Karl Marx zu diesem Elend: „Die Arbeit ist aber die eigene Lebenstätigkeit des Arbeiters, seine eigene Lebensäußerung. Und diese Lebenstätigkeit verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen Lebensmittel zu sichern. Seine Lebenstätigkeit ist also für ihn nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben."

Der größte Teil der Arbeiterfamilien ist gezwungen, bei der großen Arbeitslosigkeit, verkürzten Arbeit, bei den hundsmiserablen Löhnen nach diesem Surrogat zu greifen. Und mit dem raffinierten Zweck, die Eltern zur Nachfrage, zum Kaufen zu reizen, hat man diese Reklamezeitschriften „Für die Kleinen" bestimmt. Eine Kostprobe:

Liebe Kinder."
Numro 15 ist jetzt da,
Was bisher vom Fips man sah,
Ist hier übertroffen.
Daß durch „Rahma buttergleich"
Ihr die Nummer holet Euch,
Will ich gerne hoffen."

Mit diesen Versen sucht man die kindliche Neugier aufzustacheln und den Kindern einzuflüstern, zur Mutter zu sagen: „Mutter, kaufe doch nur „Rahma buttergleich"." Wenn wir unter der Schundliteratur, unter den Schmökern z. B. „Deine Brandt bei der Fremdenlegion" und die „Pfadfinder" den offenen chauvinistischen Charakter hervortreten sahen, mit denen man den Geist der „Kleinen" großpäpelte, erkennen wir an diesem Schmock den offenen Verdummungsfeldzug der Margarineindustriellen.

„Der kleine Coco" drückt den Zweck dieser Zeitschriften treffend unter der Rubrik „Briefkasten", an eine kleine Muschi gerichtet, aus.

„Wir wollen Euch Kindern im kleinen Coco ein Anleiter und Führer fürs spätere Leben sein." —

Darum vergeßt im späteren Leben die Margarine, eingewickelt mit dem Coco, nicht; zum Wohle des Geldsackes der „Pflanzenbutterfabrikanten".

Es gibt noch Geschichten, die vom Mitleid, Eitelkeit, Liebe zum Nächsten und Glückserheißungen im Geiste der Heilsarmee angefüllt sind. Alles in einem Stile. So auch die Bilderreihen, in denen Streiche dargestellt werden, wie Klingelziehen, um alte Tanten zu ärgern, wie Malers Kleckserei, Bierflauen usw. die Jungen und Mädel ergötzen. Das ist die angenehme Seite, die aber zu Dummheiten, wie sie ein „schwarzer Peter" im „Coco" in die Wirklichkeit umsetzt, führen können und dann mit Erziehungsanstalten enden.

Für die Jugendbewegung ist in dieser Frage die Aufgabe gestellt, den Eltern den verdummenden Einfluß dieser „Unterhaltungszeitschriften" aufzuzeigen, die man ja „umsonst" erhält.

Unsere Agitation und Propaganda

Von der Roten Hilfe wird uns geschrieben:

Die RH.-Agitation wird von den einzelnen Genossen meistens nur gelegentlich getrieben, sei es Mitglieder- oder „Rote-Helfer"-Abonnentenwerbung. Broschüren werden nur in Versammlungen abgesetzt. Damit sind für viele die Werbemöglichkeiten erschöpft. Wenn eine Werbewoche angesetzt wird, in der nach bestimmten Richtlinien gearbeitet werden soll, dann ist es meistens so, daß trotzdem jeder nach seinem Gutdünken wurstelt.

Es fehlt uns die planmäßige Arbeit, die Schritt für Schritt vorwärts geht. Planmäßig ist, wenn in einer Ortsgruppe der Leiter alle Genossen zusammenholt und einem oder zwei Genossen bestimmte Straßen oder Häuser zur Werbung übergibt. Planmäßig ist, wenn dann die Genossen von Tür zu Tür gehen.

Unsere billigen Broschüren und Zeitschriften lassen sich am besten auf diesem Wege absetzen. Das Beispiel von Breslau-Ost, wo die Genossen an einem Sonntagvormittag bei solcher systematischen Arbeit etwa 500 Broschüren verkauften, beweist das zur Genüge. Auch unsere Kampagne für den „Roten [illegible] ohne systematische Arbeit — Ausnahmen bestätigen die Regel — vor sich gegangen. Die wenigsten Ortsgruppen der Partei haben geworben. Noch weniger oder gar keine haben nach den Anweisungen gehandelt. Fast überall sind unsere sehr leicht verkäuflichen „Rote-Hilfe-Bulletin", die man in jedem Hause loswerden kann, liegengeblieben. Das darf nicht sein. Erstens kann sich die RH. nicht erlauben, Berge von Material anzuhäufen, zweitens helfen wir damit nicht unseren eingesperrten Klassengenossen.

Jeder Pfennig zur Unterstützung der politischen Gefangenen ist unsere Losung. Deshalb darf kein Material unverkauft gelassen werden. Werbekampagnen müssen systematisch durchgeführt werden! Das macht die Arbeit leicht und interessant.

Der „goldene" Sonntag

lockte sehr viel Landbevölkerung nach Breslau. In den Hauptstraßen herrschte außerordentlich starker Verkehr. Die Geschäftsleute erzielten bessere Umsätze als am silbernen Sonntag, doch blieben die Erlöse hinter den goldenen Sonntagen der anderen Jahre weit zurück.

Feuer in einem Lagerhaus

Die Feuerwehr mußte gegen 1/26 Uhr nach Hollestr. 21 ausrücken. Hier hatten im Erdgeschoß eines großen Lagerhauses Papierballen, Kisten, Packmaterial, Holzwolle und ähnliches gebrannt, auch drohte das Feuer schon in den ersten Stock überzugreifen. Trotz der starken Verqualmung gelang es, das Feuer mit einem Schlauchgange auf seinen Herd zu beschränken und die Gefahr für die oberen Stockwerke abzuwenden. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Feuerwehr fast zwei Stunden zu tun. Die Entstehungsursache ist wahrscheinlich auf einen Fehler der elektrischen Leitung zurückzuführen. — Nachmittags gegen 7 1/2 Uhr mußte die Feuerwehr nach Rathaus 16/17 ausrücken. In einem Kellerschacht hatte die Verpackung wahrscheinlich durch unachtsames Wegwerfen eines Streichholzes Feuer gefangen. — Abends kurz nach 9 Uhr wurde die Feuerwehr zum Löschen einer in Brand geratenen Baracke alarmiert, sie konnte nach einstündiger Tätigkeit wieder abrücken.

Offenhalten der Geschäfte am 3. Weihnachtsfeiertag. Laut Bekanntmachung des Polizeipräsidenten wird am Sonntag, den 27. Dezember der Handel in festen Verkaufsstellen in folgendem Umfange freigegeben: a) Der Handel mit Fleisch- und Wurstwaren in Fleischerei- und Wurstgeschäften nur in der Zeit von 8 bis 9 Uhr vorm.; b) Der Handel mit Backwaren in Bäckereien außer der bereits freigegebenen Zeit von 7 bis 9 Uhr vorm. auch noch von 11 1/2 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr nachm.; c) Der Handel mit Lebensmitteln in allen übrigen, nicht unter a) und b) bezeichneten Lebensmittelgeschäften, Kolonialwarenhandlungen und in den Verkaufsstellen der Konsumvereine in der Zeit von 11 1/2 Uhr vorm. bis 12 1/2 nachm.

Die Post zu Weihnachten. Der Postverkehr ist am Sonntag, den 20., und an den Weihnachtstagen wie folgt geregelt: Waldenburg, Waldenburg-Altwasser und Hermsdorf: Am Sonntag, den 20. Dezember, werden die Paketannahme- und Ausgabeschalter von 8—12 Uhr vormittags geöffnet; auch wird an diesem Tage eine Paketzustellung ausgeführt. Die Postagenturen in Waldenburg 2 (Neustadt) und in Ober-Waldenburg bleiben geschlossen. Am Donnerstag, den 24. Dezember, werden die Postschalter um 4 Uhr nachmittags geschlossen, der Schalter für Telegramm- und Gesprächsannahme bleibt in Waldenburg bis 8 Uhr, in Waldenburg-Altwasser und Hermsdorf bis 6 Uhr geöffnet. Paket-, Wert- und Einschreibsendungen werden nach 4 Uhr nur noch gegen die Sondergebühr von je 20 Pfg. angenommen. Die letzte (Nachmittags-)Briefzustellung fällt aus. Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) findet eine Paketzustellung statt, die Geldzustellung ruht. Der Paketausgabeschalter ist von 9—12 Uhr vormittags geöffnet. Am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) ruht die gesamte Postzustellung. Am Sonntag, den 27. Dezember, findet eine Briefzustellung und eine beschränkte Paket- und Geldzustellung statt.

Tauentzientheater

„Götz von Berlichingen."

Goethe im Film! Sein Schauspiel — das er nach Hans Reimanns Meinung nie geschrieben hätte, wenn er den Mißbrauch des bekannten Zitates vorausgeahnt hätte — ist stark zusammengestrichen und verflacht worden. Gut ist die Darstellung. Eugen Klöpfer in der Hauptrolle zeigt seine vollendete Meisterschaft. Wenn wir noch als Darsteller Lucie Höflich und Albert Steinrück erwähnen, so erübrigt es sich zu betonen, daß es sich um eine erstklassige Aufführung handelt. — Die Ufa-Wochenschau enthielt diesmal die unvermeidlichen Weihnachtssentimentalitäten.

Mitteilung an Betriebsberichterstatter!

Wir beabsichtigen, die Silvesternummer, wie es nun einmal üblich ist, mit Humor zu würzen. Trotzdem halten wir an dem Grundsatz fest: „Die Arbeiter-Zeitung muß von Arbeitern geschrieben werden." Deshalb fordern wir jeden Betriebsberichterstatter auf, uns für die Beilage „Betrieb und Werkstatt" möglichst sofort einen kurzen Bericht (30—40 Druckzeilen) aus seinem Betrieb zu schreiben. „Der Name und die volle Adresse des Berichterstatters ist anzugeben. Wir schlagen vor, im Bericht nachstehende zwei Fragen zu beantworten:

Was wünscht die Belegschaft dem Herrn Direktor (Betriebsleitung, Fabrikbesitzer) im neuen Jahr?

Was wünscht sich der Herr Direktor (Betriebsleitung, Fabrikbesitzer) im neuen Jahr von der Belegschaft?

Genossen, Betriebsberichterstatter, beweist durch die Zusendung der Berichte, daß ihr nicht nur trocken-sachlich zu schreiben versteht, sondern auch über Humor — wenn es auch nur Galgenhumor ist — verfügt.

Die Redaktion.

★ Parteiveranstaltungen ★

B.-L. Kompol. Abt. Montag, 7 Uhr, Sitzung bei Belke.
— Bez. Nordost. Programme zur Feiertagsveranstaltung bis Dienstag bei Knappe, Fürstenstraße 15, abrechnen.
— Bez. Nordost. Montag, 7,30 Uhr, alles im Bezirkslokal Hirschstraße 6.
— Bez. Nordost. Dienstag, 7,30 Uhr abends, alle Theaterspieler bei Kleinert, Hirschstr. 6.
Liegnitz. Dienstag, 29., General-Zellenmitgliederversammlung im Reichsadler.

★ Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau Jung-Spartakus-Bund.
— Bez. West. Montag, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Versammlung. Mitgliedskarten mitbringen.
— Bez. West. Dienstag, 7,30 Uhr, Treffpunkt bei Wind, Marianenstraße. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Alle Gruppen. Montag nachm. 1,45 Uhr im Marschanzug am Sonnenplatz, zum letzten Geleit des Kam. Riedel.
— Gruppe Zentrum. Montag 7,30 Uhr, im Turmhof, Neue Antonienstr. Kameradschaftsabend.
— Gruppe Ost. Montag 7,30 Uhr, bei Franke, Gruppenabend.
— Gruppe Nord (nebst Jungsturm). Montag 7,30 Uhr, Adlerstr. 7, Mitgliederversammlung. Ref. Paul.
— Gruppe Nordost. Montag, 7,30 Uhr, Kirchstraße 6, Kameradschaftsabend. Mitgliedskarte mitbringen.
— Gruppe Süd. Montag, bei Feutner, Siebenhufener Str. 60, Kameradschaftsabend.
— Gruppe West. Montag 7,30 Uhr bei Moh, Schweitzerstraße, Kameradschaftsabend.

Sonstige Organisationen

RH. Breslau. Dienstag, 7,30 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.

Die Rentabilität der Waldenburger Gruben

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Seit Jahren behaupten die Waldenburger Grubenbesitzer, ihre Werke seien unrentabel. Sie verweisen dabei auf die schwachen Kohlenflöze und das zerklüftete Gebirge und auf die schlechte Qualität der Waldenburger Kohle. Diese wiederholte Behauptung hat auch bei den Waldenburger Gewerkschaftsführern Glauben gefunden. Doch die Kumpels wollten und wollen daran nicht glauben. Die Aussagen des Generaldirektors Tittlers von den Hermsdorfer Gruben, als Sachverständiger bei dem Stadtbankprozeß, vernichten alle Lügennachrichten über die Unrentabilität. Am 25. Dezember sagte der Generaldirektor aus:

„Im Januar 1924 war die Lage der Industrie infolge der Stabilisierung und der Ruhrbesetzung im ganzen Reich die gleiche. Im Waldenburger Revier waren die Verhältnisse nicht schlecht, die Werke hatten keine Schulden und hatten während der Inflation Neuanlagen für billiges Geld geschaffen. Ein Teil der Werke, die die Neuanlagen nach der Stabilisierung errichten mußten, waren schlechter daran, doch konnte die Wirtschaftslage auch dieser Werke nicht als schlecht bezeichnet werden. Wie überall im Reich, so wurden auch hier durch die Inflation die flüssigen Mittel verloren. Doch waren die Werke im Besitz von Effekten und kleineren Guthaben bei den Banken. Die gute Lage war daraus zu erklären, weil die Zahlungen für gelieferte Kohle sofort eingingen, was nur mit Hilfe des straffen Apparates des Kohlensyndikats möglich war. Nach der Stabilisierung wurden die alten Zahlungsbedingungen eingeführt und die Kunden erhielten 6 Wochen Kredit. Auch jetzt war die Wirtschaftslage der Werke nicht so ungünstig, daß sie keine Effekten kaufen könnten, doch mußten sie einen besonderen Wert fürs Werk besitzen. Ein anderer Teil der Werke, die noch Neuanlagen auszuführen hatten, waren gezwungen, Kredite aufzunehmen."

Es war die Zeit, in der die Arbeitszeit unter Tage von 7 auf 8 Stunden verlängert wurde. Jeder Kumpel erinnert sich noch an den Herbst 23, wie er mit trockenem Brot, mit einigen Kartoffeln oder ohne Brot in die Grube fuhr. Die Plünderungen in Gottesberg, Altwasser, Dittersbach, Neurode sind noch in aller Erinnerung. Die damals verhängten Strafen lauteten auf Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Der Jungarbeiter Springer erhielt zwei Jahre und 6 Monate Zuchthaus dafür, daß er als erster die Scheibe eines Geschäftes zerschmiß. Der Hauptangeklagte im Stadtbankprozeß soll 3 Jahre Gefängnis erhalten. Rühle und Schlüter haben Millionen unterschlagen. Springer handelte in Empörung, ohne auch nur den geringsten persönlichen Vorteil davon zu haben.

Aus dem oben angeführten treten zwei Dinge klar zu Tage:
1. Die wirtschaftliche Lage der Waldenburger Gruben war 1924 und 24 eine gute. Trotzdem erhielten die Bergarbeiter nur Hungerlöhne, und die Arbeitszeit wurde verlängert.
2. Die deutsche Justiz ist eine Klassenjustiz. In dem Buchstaben erstarrt, ist sie voller Haß gegen die Arbeiterklasse.

Ausbeutung der Lehrlinge

Viktor-Grube in Gottesberg.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Hier haben die Lehrlinge den kolossalen Schichtenlohn laut Tarif **von 1,50 Mark im vierten Lehrjahr.** Die gesetzliche Arbeitervertretung stellte nun dauernd den Antrag auf Bezahlung der Zeit, die die Lehrlinge zum Besuch der Berufsschule brauchen und Bezahlung des Schulgeldes. Erst ein Gewerbegerichtsurteil mußte hier die Unternehmer eines Besseren belehren. Dieser Einzelfall, der die schofle Handlungsweise der Unternehmer bloßlegte, veranlaßt sie aber noch lange nicht, ihr Unrecht auch gegenüber den anderen Lehrlingen (die nicht geklagt haben, einzugestehen. Sie weigern sich strikte, den übrigen Lehrlingen rückwirkend vom 1. Dezember 1924 die Freistellung und das Schulgeld zu gewähren, wollen sich nur einem neuen Gewerbegerichtsurteil beugen. Die Lehrlinge sollen also jeden Monat, wo ihnen Unrecht geschehen ist, extra einklagen. Größer kann bald die Unverschämtheit der Unternehmer nicht sein. Lehrlinge bekommen im ersten Jahre 0,76 M., im zweiten 0,97 M., im dritten 1,30 M. und im vierten Jahre 1,51 M. tarifliches Schichtenlohn ausgezahlt, bei zehnstündiger Arbeitszeit. Man würde sich sogar nicht scheuen, die Lehrlinge in der Nachtschicht und am Feuer als Zuschläger zu beschäftigen (vorgekommen ist es schon), wenn die Arbeitervertretung nicht eingegriffen hätte.

Die Antwort auf unsere Kritik

Als Antwort auf unsere in der letzten Beilage „Betrieb und Werkstatt" veröffentlichte Kritik, liefen bei uns nur zwei Schreiben ein. Bezeichnenderweise sind beide Betriebsberichterstatter nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei. Der eine sandte uns den in der heutigen Kammer veröffentlichten Bericht „Krise im Schneidergewerbe". Der andere sendet uns einen Aufsatz: „Der Arbeiter und die kapitalistische Presse". In dem Begleitschreiben gebraucht er u. a. folgenden Satz: „Es hat mich gefreut, daß Sie die Worte ‚müßte allgemeine Anerkennung finden...' gestrichen haben. Im Zusammenhang mit dem übrigen war das zweifelsohne falsch". In der besprochenen Beilage „Betrieb und Werkstatt" schreibt er:

„Ohne mich bei dem anderen Artikel aufzuhalten, halte ich den Artikel „Der Stahlhelm als Streikbrecher!" als geeignet, die Allgemeinheit der Lesergemeinde zu interessieren, weil er beweist, wie all rechtsstehenden Vereine, Bünde und Verbände, gleich welchen Namen sie führen, nur das eine Ziel verfolgen: die Arbeiterschaft zu zersplittern. Furchtbar bedauerlich ist es, daß sich Arbeiter finden, die derartigen Verbänden sich als Verbrecher an ihren Volks- und Arbeitsgenossen hingeben. Wie gesagt, halte ich den Artikel deshalb für gut, weil er tatsächlich Bedeutung für die Allgemeinheit hat und ich kann auch nicht finden, daß der Artikelschreiber zuviel Worte gemacht hat. Alle anderen Artikel haben doch schließlich nur eine beschränkte Bedeutung und waren nur für den Kreis der beteiligten Arbeiter bestimmt."

Den letzten Satz dieses Schreibens müssen wir ohne weiteres unterstreichen. Ein Teil unserer Betriebsberichterstatter versteht es nicht, die Berichte so zu schreiben, daß sie auch für die Kollegen in den anderen Betrieben und Orten interessant sind. Um dies zu erreichen, genügt es nicht über nur einen Meister zu schreiben, oder über irgendeine zufällige freche Aeußerung oder Tat desselben, sondern es muß stets ein Bild von dem gesamten Betrieb gegeben werden.

Die Redaktion.

Offensive der Glasfabrikbesitzer

Kurzarbeit und Betriebsstillegungen — Tarifbruch durch die Arbeitgeber

Zu den von uns bereits gemeldeten Stillegungen und Kurzarbeiten in der schlesischen Glasindustrie, laufen weitere Meldungen unserer Betriebsberichterstatter ein. Danach steht in Reinerz der Betrieb Knittel und „Papiermühle" mit einer Belegschaft von 150 und 70 Mann vor der Stillegung. Der Glasbetrieb Rücders mit einer Belegschaft von 204 männlichen und 34 weiblichen Arbeitern hat am 12. Dezember beim Regierungspräsidenten die Genehmigung auf Stillegung des Betriebes nachgesucht. Als Grund zu der beantragten Stillegung wird angeführt: Völliger Niedergang der Industrie und Mangel jeglicher Aufträge. Interessant ist in diesem Schreiben der Satz: „So schwer uns dies fällt, sehen wir trotz allen Anstrengungen keinen anderen Ausweg mehr." Freilich fällt es den Kapitalisten schwer, auf die Ausbeutung der Proleten zu verzichten.

Massenentlassungen als Weihnachtsgratifikation

Glasfabrik Scharff in Gleiwitz-Petersdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der Glasfabrik Firma C. Scharff, Gleiwitz-Petersdorf, wurden am Freitag, den 31. Dezember bei einer Belegschaftsstärke von etwa 150 Mann, 100 Arbeiter gekündigt. Der letzte Arbeitstag ist der 31. Dezember. Als Grund der Entlassung wurde durch Anschlag bekanntgegeben, daß der Betrieb „naturnotwendig reparaturbedürftig" sei. Der wirkliche Grund für diese unerhörte Weihnachtsüberraschung für die Gleiwitzer Glasmacher ist aber folgender:

Auf Grund des Manteltarifes stehen den Glasarbeitern bei sogenannten Ofenreparaturen 70 Prozent Zuschlag zu ihrem Tagelohn zu. Die Firme weigert sich, diesen tariflichen Zuschlag zu zahlen, und findet für ihren Tarifbruch keine andere Lösung, als die zwei Drittel der Belegschaft aufs Straßenpflaster zu werfen.

Die Gewaltmaßnahme der Glasgewaltigen muß in der gesamten deutschen Glasarbeiterschaft einen starken Entrüstungssturm wecken. Was hier vorliegt, ist nichts weiter als die Verschleierung für einen Tarifbruch. Wie heute die Gleiwitzer Glasarbeiter aufs Straßenpflaster geworfen werden, so wird morgen die Probe aufs Exempel Schule machen für die gesamte Unternehmerschaft.

Aufgabe des Zentralverbandes der Glasarbeiter ist es, gegenüber dem ungeheuerlichen Tarifbruch sofort die entscheidenden Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Firma C. Sch. für ihre Maßnahme keinesfalls Arbeitsmangel angeben kann, sondern die vorliegenden Aufträge gestatten noch auf Monate hinaus die Gesamtbelegschaft voll zu beschäftigen.

Schon seit längerer Zeit macht sich in den Reihen der deutschen Glasarbeiterschaft, insbesondere auf Grund der rigorosen Lohnpolitik, eine gereizte Empfindung bemerkbar. Die einzelnen Gewerkschaftsvertreter glaubten diese, indem sie die Arbeiter auf einen großen Kampf im Frühjahr vertrösten, unterdrücken zu können. Jetzt gibt es keine Vertröstung mehr. Die Glasarbeiter müssen in ganz Deutschland von Gewerkschaftsführern sofortiges Handeln verlangen. Nicht mehr Gewehr bei Fuß stehen, heißt jetzt die Parole, sondern: Glasarbeiter vor die Front!

Schrebergartenverein Linke-Hofmann

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Am 18. Dezember veranstaltete der Schrebergartenverein LHL. eine Weihnachtsfeier. Die Zusammensetzung des Programms konnte auch bei einem Krieger- oder Kirchenverein keine andere sein. Als Einleitung wurde das „Stille Nacht, heilige Nacht" von den Kindern gesungen. In dem Einakter „Verachte arme Kinder nicht" wurde den anwesenden Arbeitern etwas vorgeführt, was im wirklichen Leben nicht zu finden ist. Eine reiche Familie nimmt sich einer Waise an. — So etwas kennt der Arbeiter nicht. Der Hirten- und Puppchenreigen, Reichens Waldabenteuer, der Geburtstagsonkel und der vorgetragene Prolog mutete einem an, als befänden wir uns nicht in Deutschland mit den scharfen Gegensätzen zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, sondern irgendwo auf dem Monde. — Für einen Preis von 12 Mark verpachtet Linke-Hofmann an seine Arbeiter Parzellen von je 200 Quadratmeter. Der Beweggrund liegt hier auf der Hand. Durch die vielen Arbeiten auf den Gartenparzellen sollen die Arbeiter keine freie Zeit haben, um über ihre Lage, über politische und wirtschaftliche Fragen nachzudenken. Die irregeleiteten Arbeiter tun ein übriges dazu, indem sie den Schrebergartenverein gründeten und aufhörten, Klassenkämpfer zu sein. Es muß diesen Arbeitern gesagt werden, daß sie mit Hilfe der je 200 Quadratmeter Land und durch Gründung des Schrebergartenvereins dem Klassenkampfe nicht ausweichen können. Jeder einzelne deutsche Arbeiter wird gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

Unerhörte Zustände

Johanna-Grube in Mikultschütz.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der letzten Zeit sind wieder zwei Unglücksfälle mit Todeserfolg auf dieser Anlage zu verzeichnen. Wieder ist es der Betriebsrat, der keine Untersuchung einleitet. Vor einiger Zeit wurde der junge Bartsch zu Tode gequetscht. Der Steiger Woitzischowski soll nach Zeugenaussagen schuld sein an dem Tode des Bartsch. Wir ersuchten den Betriebsrat, einen Christen, dies zu untersuchen und den Verantwortlichen zur Anzeige zu bringen. Nichts ist geschehen. Seine Aufgabe ist in der Hauptsache, das Sterbegeld auszuzahlen.

Die Ordnung bei Lohn- und Vorschußzahlungen ist himmelschreiend. Die Frauen verlieren in dem Gedränge ihre Tücher und die Kumpels ihre Hosen. Die Steiger, die sonst die Kumpels anbrüllen wie einen Ochsen, hört man überhaupt nicht am Schalter.

Bei den Seilfahrten werden überhaupt die Vorschriften nicht eingehalten. Da fehlen Laternen und Türen in den Schalen. Kohlenwagen und Menschen werden zusammen eingehangen. In der Grube werden die Kumpels zu 20 bis 25 Mann zusammengepreßt. Aus der Grube dürfen aber nur 14 Mann auf einer Etage fahren. Die Kumpels müssen ohne Licht einfahren, die Herren „Oberhauer" aber fackeln lustig mit ihren Lampen auf der Schale. Alles nach Vorschrift!

Auf der Grundstrecke in der zweiten Sohle ist alles mit leeren Wagen verstellt, und die Arbeiter müssen, mit ihren Pulverbüchsen auf dem Rücken, über diese hinwegklettern. Wo ist die Vorschrift...?

Am Barbaratage konnte man sehen, wie besoffen die einzelnen Beamten hin- und herkurveln, bis zum nächsten Tag am frühen Morgen wurde im Kasino gezecht.

Strafen sind hier auf der Tagesordnung.

Die Zustände im Badehaus sind schlimmer wie in einem Gefangenenlager. Auf jedem Aufzuge haben zwei bis drei Kumpels ihre nassen Sachen hängen, trocken werden die überhaupt nicht. Wenn ein Haken reißt, so muß ihn der Kumpel, auf dessen Namen er geschrieben ist, selbst bezahlen. Diese Maßnahme ist unerhört. Und der Betriebsrat schweigt dazu!

In den Abbaustrecken wird solange gefördert, bis diese zusammenbrechen und alles Holz und Gestänge darunter begraben wird. Die Arbeiter müssen dann wieder alles neu zurichten.

Wir rufen euch Kumpels zu: es ist nicht notwendig, daß ihr eure Gesundheit und Knochen aufs Spiel setzt, wenn ihr die Bergpolizeiverordnung beachtet. Viele von euch werden unter Tarif bezahlt; auch das wird aufhören, wenn ihr euch organisiert. Wirtschaftlich muß alles in den Deutschen Bergarbeiterverband und politisch in die Kommunistische Partei; dann werden all die Mißstände von uns gemeinsam beseitigt werden.

Mißhandlung eines Knechtes

Bauergut Herde in Alt-Wartha.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Eine feine Arbeitsstelle muß beim Bauerngutsbesitzer Herde in Alt-Wette sein. Beim Einschütten des Pferdefutters bekamen die Söhne des Besitzers mit einem Knecht Streit. Daraufhin kündigte derselbe. Der erwachsenen Söhne ziehen über den körperlich schwächeren Knecht her und schlagen ihn derartig kaputt, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß. Jetzt stellt es sich heraus, daß der Knecht, der schon längere Zeit dort beschäftigt war, überhaupt nicht an der Krankenkasse angemeldet war. — Wie wir erfahren, soll die ganze Geschichte angezeigt sein.

Hoffentlich ziehen alle anderen Knechte und Mägde eine Lehre aus solchen Vorgängen und kämpfen mit den Kommunisten für eine bessere Gesellschaftsordnung, in der auch dem einfachsten Bauernknecht und der Magd ihr Recht zuteil werden.

Wie ausgebeutet wird

Niederschlesische Licht- und Kraftindustrie in Glogau.

Zu dem am 8. Dezember veröffentlichten Bericht erhalten wir von den Rechtsanwälten Dr. Jacobsohn und Dr. Cobleiz im Auftrage des Herrn Thun eine zwei Seiten lange Berichtigung. U. a. heißt es in derselben: „Die Angaben des Artikels sind unwahr. Herr W. Thum wird durch diesen Artikel aufs schwerste beleidigt. — Herr Thum hat den Obermonteur Machon nicht ausgebeutet. Machon verschweigt, daß er außerdem zwei Mark pro Tag Verpflegung erhalten hat. Die Zurückhaltung des Gehaltes ist erfolgt, weil Machon in den Verdacht geraten ist, Unterschlagungen begangen zu haben und die Firma sonst geschädigt war."

Die Berichtigung entspricht durchaus nicht den Anforderungen des Preßgesetzes. In derselben werden die von uns aufgestellten Behauptungen nur bekräftigt. Der Unternehmer ist unter keinen Umständen berechtigt, die Auszahlung des Lohnes an seine Arbeiter zu verweigern. Wenn sich Herr Thum durch den Ausdruck „ausgebeutet" beleidigt fühlt, so empfehlen wir ihm, an Hand des Lexikons festzustellen, was dieser Ausdruck im Deutschen bedeutet. Im kapitalistischen Produktionsprozeß beutet jeder Arbeitgeber (Produktionsmittelbesitzer) seine Arbeiter aus. Dies geschieht in der Form, daß er einen Teil der geleisteten Arbeit nicht bezahlt und das Geld in Form des sogen. Mehrwerts in die eigene Tasche steckt. Wenn die Angaben des Herrn Thum stimmen, so erhielt der Obermonteur Machon einen Stundenlohn von 52 Pfg. in Geld und 25 Pfg. in Verpflegung, in Summa 77 Pfg. Wahrlich, eine fürstliche Entlohnung für einen verantwortlichen Arbeiter!

Die Krise im Schneidergewerbe

(Von unserem Breslauer Betriebsberichterstatter.)

Die Krise im Schneidergewerbe greift immer mehr um sich. Viele selbständige kleine Meister gehen stempeln. Dieser Tage hat sich der Schneidermeister Otto R..., Kreuzstraße 31,

durch Leuchtgas das Leben genommen.

Er war 48 Jahre alt. Etwa 800 Schneider und Bügler gehen stempeln. In diese Zahl sind nicht eingerechnet die weiblichen Arbeitskräfte und die Zuschneider. Die Firma Widawer u. Zerlowski ist in Schwierigkeiten. Die Firma Georg Brinnitzer A.-G. soll genügend Aufträge haben, kann jedoch wegen angeblichem Geldmangel nicht arbeiten lassen. Auf der anderen Seite führt die Firma einen Erweiterungsbau aus, der „bloß" 90 000 Mark kosten soll. Durch Vermietung dieser Räume rechnet die Firma mit einer jährlichen Einnahme von 9000 Mark.

Die Firma A. W. C., Sonnenplatz, hat sämtliche Leute entlassen. Nur drei Kriesverletzte und der Betriebsrat werden beschäftigt. Am 30. November erschienen die Arbeiter auf Bestellung im Betrieb, sie wurden erneut nach Hause geschickt und auf den 3. Dezember bestellt. Als sich die Schneider und Näherinnen am 3. Dezember wieder einfanden, erhielten sie einen Entlassungsschein ohne Papiere mit dem Vermerk „Werkurlaub". Netter Urlaub zu den Feiertagen. Die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter sind zum größten Teil unorganisiert. Sie haben es noch nicht verstanden, die Firma auf Zahlung von drei Schichtlöhnen zu verklagen.

Die große Arbeitslosigkeit führt dazu, daß verschiedene Kollegen sich bereit erklären, unter dem Tarif zu arbeiten. So z. B. traf ich bei dem Zwischenmeister Winkler, Alsenstraße 79, einen Bügler, der dort für einen Stundenlohn von 40 Pfg. arbeitete. (Der Tarifstundenlohn beträgt 60 Pfg.)

Für die Kollegen und Kolleginnen im Schneidergewerbe gilt dasselbe wie für die anderen Arbeiter: **Hinein in die freie Gewerkschaft und vorwärts als geschlossene Organisation zum Kampf gegen die Ausbeuter!**

Lokales

Partei in Not —

Der Genosse Willy Kretz, der seit zweieinhalb Monaten krank liegt und deshalb nicht in der Lage ist, die Partei finanziell zu unterstützen, übersandte dem Zentralkomitee der Partei einen goldenen Ring als Beitrag zum Partei-Notopfer. — Dieses Beispiel aufopfernder Solidarität muß alle Genossen anspornen, die Kampagne „Partei in Not" zu steigern.

— Helft der Partei

Aufschrei!

(Von einer Arbeiterin.)

Mein Liebster sitzt im Zuchthaus
Für Freiheit und für Recht.
Begnadigt jeder Mörder
Und jeder feile Knecht!

Sein stolzer freier Sinn
Muß in den dicken Mauern
Versauern und vertrauern.
Sein starker Leib siecht hin.
Er schlägt sich an der Wand
Den kahlrasierten Schädel
Und kommt um den Verstand.

Ich werd' ein altes Mädel
Und trete die Maschine,
Werd' alt und grau dabei.
Konnt' man ihn nicht erschießen?
Wozu die Quälerei?

Mein Liebster sitzt im Zuchthaus,
Nun sind es schon fünf Jahr.
Vergessen und verraten.
Bald ist es nicht mehr wahr!

Verraten und vergessen!
Ihr wißt von seiner Pein!
Mein Liebster sitzt im Zuchthaus! —
Ich kann schon nicht mehr schrein.

Ich trete die Maschine.
Nun ist es bald genug.
Ich trete die Maschine
Und jeder Stich ein Fluch!

Der Kampf der Notstandsarbeiter

Vor einigen Tagen fand in den „Hubertussälen" eine Versammlung der Notstandsarbeiter statt. Von den 650 in Breslau vorhandenen Notstandsarbeitern waren über 500 anwesend. Kollege Kaffanke erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat. Der anwesende Genosse Stadtverordnete Ammon wurde beauftragt, im Stadtparlament einen Dringlichkeitsantrag auf Bewilligung einer einmaligen Unterstützung zu stellen. Darüber hinaus wurde gefordert,

gleicher Verdienst für alle Notstandsarbeiter,

und zwar 66 Pfennige Stundenlohn. Die Erhöhung des Stundenlohnes um 25 Prozent wurde gefordert. Bisher betrug der Stundenlohn der Notstandsarbeiter durchschnittlich 55 Pfg., und nur in einer Gruppe 66 Pfg. Die in der Versammlung gewählte Kommission verhandelte am Sonnabend mit dem zuständigen Dezernenten Stadtrat Tilch. Es ist ihr gelungen, die Bewilligung folgender Forderungen zu erzielen:

Einmalige Unterstützung für ledige Notstandsarbeiter in Höhe von 10 Mark, für Verheiratete 15 Mark, für Verheiratete mit 1—2 Kindern 20 Mark, mit 3—4 Kindern 25 Mark und mit 5—6 Kindern 30 Mark.

Die Notstandsarbeiter werden für die Erfüllung der anderen Forderungen weiterkämpfen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird sie in ihrem Kampf mit allen Mitteln unterstützen.

Der Jüngsten Fahnenweihe

Der Jung-Spartakus-Bund, Gruppe Ost, hatte gestern nach dem Konzerthaus „Oberbayern" zu seiner Fahnenweihe aufgerufen. Aus allen Bezirken waren dazu die Kinder mit ihren Eltern erschienen, so daß trotz der ungünstigen Vormittagszeit der Saal vollgefüllt war. Das Programm befriedigte die Erschienenen vollkommen, wenn auch in Zukunft das Gesamtprogramm nur von den Kindern bestritten werden soll.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der von der Musik vorgetragenen Internationale. Daran schlossen sich Darbietungen der Spielgemeinschaft, des Roten Frontkämpferbundes, der Musikkapelle und des Gesangvereins Eos. Besondere Aufmerksamkeit fand das Barrenturnen der Freien Turnerschaft, 2. Schülerabteilung. Die kleinen Kerls bewiesen, daß sie trotz der elenden gesundheitlichen Lage ihrer Klasse nichts unversucht lassen, um ihre Gesundheit zu bessern, und durch Kraft und Mutstählung und innigster Verbindung mit der revolutionären Kinderorganisation sich auf den Endkampf vorzubereiten. Ebenso großen Anklang fanden die von den Jungpionieren der Gruppe Ost vorgetragenen Rezitationen.

Im letzten Teil des Programms sprach ein Genosse der Jugend über Zweck und Ziele des Jungspartakusbundes. Der reiche Beifall zeigte, daß die Eltern, falls es bisher nicht der Fall war, in Zukunft ihre Kinder der kommunistischen Jugendorganisation zuführen.

Dann folgte die Weihe der prächtigen Fahne, die unter dem Beifall der Anwesenden ihrer Bestimmung übergeben wurde, das Symbol des Kampfes der jüngsten Generation des revolutionären Proletariats zu sein.

—as.

Weihnachtspakete für Strafgefangene

müssen bis zum 23. d. Mts. mittags 12 Uhr abgegeben werden.

Erziehung und Margarine-Reklame

Es muß einen beträchtlichen finanziellen Gewinn bringen, Geschäft mit Kindererziehung zu verquicken. Die von den Margarinekapitalisten herausgegebenen Kinderzeitschriften „Der kleine Coco" und die „Die Blaubandwache" sind die Dukatenbringer. Für wen ist die Margarine zum Kochen und sogar zum Essen bestimmt? (Ich behaupte immer, die „Margarete" schmeckt nach Seife.) Ausschließlich für diejenige Bevölkerungsschicht, die nur mit wenigen Pfennigen das ihr zum Leben Notdürftigste kaufen kann, das Proletariat. Was sagt Karl Marx zu diesem Elend; „Die Arbeit ist aber die eigene Lebenstätigkeit des Arbeiters, seine eigene Lebensäußerung. Und diese Lebenstätigkeit verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen Lebensmittel zu sichern. Seine Lebenstätigkeit ist also für ihn nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben."

Der größte Teil der Arbeiterfamilien ist gezwungen, bei der großen Arbeitslosigkeit, verkürzten Arbeit, bei den hundsmiserablen Löhnen nach diesem Surrogat zu greifen. Und mit dem raffinierten Zweck, die Eltern zur Nachfrage, zum Kaufen zu reizen, hat man diese Reklamezeitschriften „Für die Kleinen" bestimmt. Eine Kostprobe:

Liebe Kinder."
Numro 15 ist jetzt da,
Was bisher vom Fips man sah,
Ist hier übertroffen.
Daß durch „Rahma buttergleich"
Ihr die Nummer holet Euch,
Will ich gerne hoffen."

Mit diesen Versen sucht man die kindliche Neugier aufzustacheln und den Kindern einzuflüstern, zur Mutter zu sagen: „Mutter, kaufe doch nur „Rahma buttergleich"." Wenn wir unter der Schundliteratur, unter den Schmökern z. B. „Heinz Brandt bei der Fremdenlegion" und die „Pfadfinder" den offenen chauvinistischen Charakter hervortreten sahen, mit denen man den Geist der „Kleinen" großpäpelte, erkennen wir an diesem Schmock den offenen Verdummungsfeldzug der Margarineindustriellen.

„Der kleine Coco" drückt den Zweck dieser Zeitschriften treffend unter der Rubrik „Briefkasten", an eine kleine Muschi gerichtet, aus.

„Wir wollen Euch Kindern im kleinen Coco ein Anleiter und Führer fürs spätere Leben sein." —

Darum vergeßt im späteren Leben die Margarine, eingewickelt mit dem Coco, nicht; zum Wohle des Geldsackes der „Pflanzenbutterfabrikanten".

Es gibt noch Geschichten, die vom Mitleid, Eitelkeit, Liebe zum Nächsten und Glücksverheißungen im Geiste der Heilsarmee angefüllt sind. Alles in einem Stile. So auch die Bilderreihen, in denen Streiche dargestellt werden, wie Klingelziehen, um alte Tanten zu ärgern, wie Maiers Kiedserei, Bierklauen usw. die Jungen und Mädel ergötzen. Das ist die angenehme Seite, die aber zu Dummheiten, wie sie ein „schwarzer Peter" im „Coco" in die Wirklichkeit umsetzt, führen können und dann mit Erziehungsanstalten enden.

Für die Jugendbewegung ist in dieser Frage die Aufgabe gestellt, den Eltern den verdummenden Einfluß dieser „Unterhaltungszeitschriften" aufzuzeigen, die man ja „umsonst" erhält.

Unsere Agitation und Propaganda

Von der Roten Hilfe wird uns geschrieben:

Die RH.-Agitation wird von den einzelnen Genossen meistens nur gelegentlich getrieben, sei es Mitglieder- oder „Rote-Helfer"-Abonnentenwerbung. Broschüren werden nur in Versammlungen abgesetzt. Damit sind für viele die Werbemöglichkeiten erschöpft. Wenn eine Werbewoche angesetzt wird, in der nach bestimmten Richtlinien gearbeitet werden soll, dann ist es meistens so, daß trotzdem jeder nach seinem Gutdünken wurstelt.

Es fehlt uns die planmäßige Arbeit, die Schritt für Schritt vorwärts geht. Planmäßig ist, wenn in einer Ortsgruppe der Leiter alle Genossen zusammenholt und einem oder zwei Genossen bestimmte Straßen oder Häuser zur Werbung übergibt. Planmäßig ist, wenn dann die Genossen von Tür zu Tür gehen.

Unsere billigen Broschüren und Zeitschriften lassen sich am besten auf diesem Wege absetzen. Das Beispiel von Breslau-Ost, wo die Genossen an einem Sonntagvormittag bei solcher systematischen Arbeit etwa 500 Broschüren verkauften, beweist das zur Genüge. Auch unsere Kampagne für den „Roten Helfer", die am 13. d. Mts. durchgeführt werden sollte, ist ohne systematische Arbeit — Ausnahmen bestätigen die Regel — vor sich gegangen. Die wenigsten Ortsgruppen der Provinz haben geworben. Noch weniger oder gar keine haben nach den Anweisungen gehandelt. Fast überall sind unsere sehr leicht verkäuflichen „Rote-Hilfe-Bulletin", die man in jedem Hause loswerden kann, liegengeblieben. Das darf nicht sein. Erstens kann sich die RH. nicht erlauben, Berge von Material anzuhäufen, zweitens helfen wir damit nicht unseren eingesperrten Klassengenossen.

Jeder Pfennig zur Unterstützung der politischen Gefangenen ist unsere Losung. Deshalb darf kein Material unverkauft gelassen werden. Werbekampagnen müssen systematisch durchgeführt werden! Das macht die Arbeit leicht und interessant.

Der „goldene" Sonntag

lockte sehr viel Landbevölkerung nach Breslau. In den Hauptstraßen herrschte außerordentlich starker Verkehr. Die Geschäftsleute erzielten bessere Umsätze als am silbernen Sonntag, doch blieben die Erlöse hinter den goldenen Sonntagen der anderen Jahre weit zurück.

Feuer in einem Lagerhaus

Die Feuerwehr mußte gegen 1/2 6 Uhr nach Holteistr. 21 ausrücken. Hier hatten im Erdgeschoß eines großen Lagerhauses Papierballen, Kisten, Packmaterial Holzwolle und ähnliches gebrannt, auch drohte das Feuer schon in den ersten Stock überzugreifen. Trotz der starken Verqualmung gelang es, das Feuer mit einem Schlauchgange auf seinen Herd zu beschränken und die Gefahr für die oberen Stockwerke abzuwenden. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Feuerwehr fast zwei Stunden zu tun. Die Entstehungsursache ist wahrscheinlich auf einen Fehler der elektrischen Leitung zurückzuführen. — Nachmittags gegen 7 1/2 Uhr mußte die Feuerwehr nach Rathaus 16/17 ausrücken. In einem Kellerschacht hatte die Verpackung wahrscheinlich durch unachtsames Wegwerfen eines Streichholzes Feuer gefangen. — Abends kurz nach 9 Uhr wurde die Feuerwehr zum Löschen einer in Brand geratenen Baracke alarmiert, sie konnte nach einstündiger Tätigkeit wieder abrücken.

Offenhalten der Geschäfte am 3. Weihnachtsfeiertag. Laut Bekanntmachung des Polizeipräsidenten wird am Sonntag, den 27. Dezember, der Handel in festen Verkaufsstellen in folgendem Umfange freigegeben: a) Der Handel mit Fleisch- und Wurstwaren in Fleischerei- und Wurstgeschäften nur in der Zeit von 8 bis 9 Uhr vorm.; b) Der Handel mit Backwaren in Bäckereien außer der bereits freigegebenen Zeit von 7 bis 9 Uhr vorm. auch noch von 11 1/2 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr nachm.; c) Der Handel mit Lebensmitteln in allen übrigen, nicht unter a) und b) bezeichneten Lebensmittelgeschäften, Kolonialwarenhandlungen und in den Verkaufsstellen der Konsumvereine in der Zeit von 11 1/2 Uhr vorm. bis 12 1/2 nachm.

Die Post zu Weihnachten. Der Postverkehr ist am Sonntag, den 20., und an den Weihnachtstagen wie folgt geregelt: Waldenburg, Waldenburg-Altwasser und Hermsdorf: Am Sonntag, den 20. Dezember, werden die Paketannahme- und Ausgabeschalter von 8—12 Uhr vormittags geöffnet; auch wird an diesem Tage eine Paketzustellung ausgeführt. Die Postagenturen in Waldenburg 2 (Neustadt) und in Ober-Waldenburg bleiben geschlossen. Am Donnerstag, den 24. Dezember, werden die Postschalter um 4 Uhr nachmittags geschlossen, der Schalter für Telegramm- und Gesprächsannahme bleibt in Waldenburg bis 8 Uhr, in Waldenburg-Altwasser und Hermsdorf bis 6 Uhr geöffnet. Paket-, Wert- und Einschreibsendungen werden nach 4 Uhr nur noch gegen die Sondergebühr von je 20 Pfg. angenommen. Die letzte (Nachmittags-)Briefzustellung fällt aus. Am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) findet eine Paketzustellung statt, die Geldzustellung ruht. Der Paketausgabeschalter ist von 9—12 Uhr vormittags geöffnet. Am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) ruht die gesamte Postzustellung. Am Sonntag, den 27. Dezember, findet eine Briefzustellung und eine beschränkte Paket- und Geldzustellung statt.

Tauentzientheater

„Götz von Berlichingen."

Goethe im Film! Sein Schauspiel — das er nach Hans Reimanns Meinung nie geschrieben hätte, wenn er den Mißbrauch des bekannten Zitates vorausgeahnt hätte — ist stark zusammengestrichen und verflacht worden. Gut ist die Darstellung. Eugen Klöpfer in der Hauptrolle zeigt seine vollendete Meisterschaft. Wenn wir noch als Darsteller Lucie Höflich und Albert Steinrück erwähnen, so erübrigt es sich zu betonen, daß es sich um eine erstklassige Aufführung handelt. — Die Ufa-Wochenschau enthielt diesmal die unvermeidlichen Weihnachtssentimentalitäten.

An unsere Betriebsberichterstatter!

Wir beabsichtigen, die Silvesternummer unserer Zeitung, wie es nun einmal üblich ist, mit Humor zu würzen. Nach wie vor halten wir an dem Grundsatz fest: „Die Arbeiter-Zeitung muß von Arbeitern geschrieben werden." Deshalb fordern wir jeden Betriebsberichterstatter auf, uns für die Beilage „Betrieb und Werkstatt" möglichst sofort einen kurzen Bericht (30—40 Druckzeilen) aus seinem Betrieb zu schreiben. „Der Name und die volle Adresse des Berichterstatters ist anzugeben. Wir schlagen vor, im Bericht nachstehende zwei Fragen zu beantworten:

Was wünscht die Belegschaft dem Herrn Direktor (Betriebsleitung, Fabrikbesitzer) im neuen Jahr?

Was wünscht sich der Herr Direktor (Betriebsleitung, Fabrikbesitzer) im neuen Jahr von der Belegschaft?

Genossen, Betriebsberichterstatter, beweist durch die Zusendung der Berichte, daß ihr nicht nur trocken-sachlich zu schreiben versteht, sondern auch über Humor — wenn es auch nur Galgenhumor ist — verfügt.

Die Redaktion.

★ Parteiveranstaltungen ★

B.-L. Kompol. Abt. Montag, 7 Uhr, Sitzung bei Belke.
— Bez. Nordost. Programme zur Feiertagsveranstaltung bis Dienstag bei Knappe, Fürstenstraße 15, abrechnen.
— Bez. Nordost. Montag, 7,30 Uhr, alles im Bezirkslokal Hirschstraße 6.
— Bez. Nordost. Dienstag, 7,30 Uhr abends, alle Theaterspieler bei Kleinert, Hirschstr. 6.
Liegnitz. Dienstag, 29., General-Zellenmitgliederversammlung im Reichsadler.

★ Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau Jung-Spartakus-Bund.
— Bez. West. Montag, nachm. 4 Uhr, bei Wind, Versammlung. Mitgliedskarten mitbringen.
— Bez. West. Dienstag, 7,30 Uhr, Treffpunkt bei Wind, Marianne-straße. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Alle Gruppen. Montag nachm. 1,45 Uhr im Marschanzug am Sonnenplatz, zum letzten Geleit des Kam. Riedel.
— Gruppe Zentrum. Montag 7.30 Uhr, im Turmhof, Neue Antonienstr. Kameradschaftsabend.
— Gruppe Ost. Montag 7.30 Uhr, bei Franke, Gruppenabend.
— Gruppe Nord (nebst Jungsturm). Montag 7.30 Uhr, Adlerstr. 7, Mitgliederversammlung. Ref. Paul.
— Gruppe Nordost. Montag, 7,30 Uhr, Kirchstraße 6, Kameradschaftsabend. Mitgliedskarte mitbringen.
— Gruppe Süd. Montag, bei Feuttner, Siebenhufener Str. 60, Kameradschaftsabend.
— Gruppe West. Montag 7,30 Uhr bei Moh, Schweitzerstraße, Kameradschaftsabend.

Sonstige Organisationen

RH. Breslau. Dienstag, 7,30 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.

Nr. 15/1925

Zuschriften für diese Beilage sind an das Org.-Büro der Bezirksleitung zu senden.

DIE PARTEI

Sammeln und in Mappen aufbewahren.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Betriebszelle und Dorfpatenschaften

Obwohl die Umstellungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, ist es trotzdem notwendig, den größeren Betriebszellen und Zellengruppen schon einen Teil ihrer zukünftigen Aufgaben zu zeigen.

Ein Teil dieser wichtigen Aufgaben ist die Herstellung der engsten Verbindung zwischen dem Industrie- und Landproletariat, mit den Kleinbauern, zwischen Stadt und Dorf, um die Trennung, die nicht zuletzt *durch die falsche Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie* seit ihrem Bestehen aufgerichtet worden ist, zu beseitigen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist es, das Landproletariat für uns als aktive Kämpfer zu gewinnen, die Kleinbauernschaft aus der Gefolgschaft der Großbauern loszulösen und in Bundesgenossen des Proletariats zu verwandeln, ja sogar Teile der mittleren Bauern teilweise zu Sympathisierende zu gewinnen, mindestens aber zu neutralisieren. Obwohl einem großen Teil unserer Parteimitgliedschaft dieser allgemeine Leitsatz bekannt ist, muß doch festgestellt werden, daß die Unkenntnis über die Methoden der Gewinnung des Landproletariats und des Bauerntums in unseren eigenen Reihen, besonders im Industrieproletariat, ungeheuer groß ist. Die leninistische Agrartheorie ist dem allergrößten Teil unserer Parteimitglieder noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen, geschweige denn in die Praxis umgesetzt worden.

Die Partei wird deshalb auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun haben. Wir müssen alle Genossen, die hier schon Erfahrungen besitzen, zusammenfassen, planmäßig schulen, die Stimmungen, Bedürfnisse und Forderungen der Landarbeiterschaft und Bauern sowie die Methoden zur Gewinnung des Landproletariats eifrig studieren und diesen Stab von Genossen erweitern und planmäßig zur Arbeit auf dem Lande verwenden. Insbesondere müssen die Agrarthesen des 2. und 4. Weltkongresses der KI. sowie die Thesen der Erweiterten Exekutivsitzung vom April 1925 zur Grundlage einer systematischen Erziehungs- und Informationsarbeit der Mitgliedschaft gemacht werden.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Betriebszellen wird es sein, jetzt mit dieser Arbeit auf dem Lande zu beginnen.

Die Hauptaufgabe der Betriebszelle bezw. Zellengruppe muß später sein, nicht lediglich die Arbeit der Landagitationskommissionen weiterzuführen, die nur gelegentlich und meistens nur erschienen, wenn Wahlen vor der Tür standen, sondern vielmehr die *dauernde und systematische Verbindung* herzustellen. In jeder Großbetriebszelle bzw. Zellengruppe müssen deshalb mehrere Genossen besonders mit unserer Arbeit auf dem Land vertraut und und mit der Leitung dieser Arbeit beauftragt werden. Ihre Aufgabe ist es, mit Unterstützung der Zellen bzw. Zellengruppenleitungen die nötigen Kräfte zur Bearbeitung des Landes heranzuholen.

Die nächste Aufgabe dieser Genossen muß sein, sich einen *genauen Ueberblick über die soziale Struktur und die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Patenort* zu verschaffen. In der Regel sollen den Betriebszellen Ortsgruppen und Landgebiete zur Bearbeitung zugeteilt werden, wo wir erst ganz schwache Verbindungen, wenig Vertrauensleute bzw. schlechte Ortsgruppen haben. Durch regelmäßigen Besuch und Herstellung dauernder Verbindung müssen diese Ortsgruppen gefestigt werden. Die Betriebszelle muß geeignete Referenten zu öffentlichen und zu Mitgliederversammlungen schicken, muß die Genossen dieser Ortsgruppe durch Unterstützung in ihrer Arbeit im Ort selbst, wie Hausagitation, Literaturvertrieb, Veranstaltung von Versammlungen und Feiern, behilflich sein.

Die Referenten und Mitglieder der Landagitationskommissionen dürfen nicht einmal diesen, das anderemal jenen, sondern *immer denselben Ort bearbeiten*, damit sowohl unsere dortigen Mitglieder als auch die Landarbeiter und Kleinbauern Vertrauen gewinnen.

Die Betriebszelle muß außerdem ständige schriftliche Verbindung mit der Ortsgruppe bzw. mit einzelnen Mitgliedern, Landarbeitern und Kleinbauern aufrechterhalten, muß ihnen Agitations- und Propagandamaterial, gelesene Parteizeitungen und Zeitschriften, den „Roten Land- und Forstarbeiter", die „Illustrierte Arbeiterzeitung", die Zeitschrift des Reichsbundes der Kleinbauern „Einiges Volk", die sich besonders zur Propaganda unter den Bauern eignet, und Literatur vermitteln. Aber nicht nur wir müssen hinausgehen aufs Land, sondern der Landarbeiter, *der Bauer muß von uns eingeladen werden, in die Stadt zu kommen.* Wir müssen Sonntags mit ihnen Versammlungen und künstlerische Veranstaltungen abhalten. Hier und da wird es möglich sein, Besichtigungen industrieller Betriebe usw. vorzunehmen. Auch das wird mit dazu beitragen, das Band zwischen Stadt und Land fester zu knüpfen.

Ohne Zellen keine gute Fraktionsarbeit

Von Paul Merker.

Unsere fraktionelle Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden nur möglich wenn wir uns nicht auf Kritik und radikale Reden in den Versammlungen des Verbandes beschränken, sondern uns auch heute schon praktisch gewerkschaftlich betätigen. Leisten wir eine für die Arbeiter nützliche und erfolgreiche praktische Gewerkschaftsarbeit nach den Grundsätzen des Klassenkampfes, so werden wir die Reformisten entlarven und es ihnen unmöglich machen, uns mit Erfolg als Hetzlinge, Spalter, Phrasendrescher usw. zu bezeichnen. Im Gegenteil, die Mitgliedermassen der Verbände werden sich mit uns gemeinschaftlich auf das schärfste gegen solche Methoden wenden.

Stellt sich die Partei auf praktische Tagespolitik und Gewerkschaftsarbeit ein, so wird sie gezwungen, auch ihren organisatorischen Aufbau damit in Uebereinstimmung zu bringen. Denn praktische Gewerkschaftsarbeit kann man fast nur — sicher zu 95 Prozent — in den Betrieben leisten. Sie zwingt uns zur Durchführung der notwendigen Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen.

Die auf Wohngebiete aufgebaute Parteiorganisation kann eine solche Gewerkschaftsarbeit nicht leisten. In ihr wird immer das nur Propagandistische und Kritisierende im Vordergrund stehen, da sie ohne organisatorisch gefestigte Bindung mit den Massen ist. Solange sie besteht, wird sich die praktische Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben auf einzelne Genossen beschränken. Ein organisiertes ständiges Vorgehen der Kommunisten im Betrieb ist bei der Wohnorganisation jedoch unmöglich.

Während also die Wohngebietsorganisation die praktische Gewerkschaftsarbeit hemmt, wird sie durch die Betriebszellen nicht nur gefördert, sondern die Zelle erweckt nach den ersten Erfolgen auch den Drang der Genossen, *den sich steigernden Einfluß der Kommunisten im Gewerkschaftsverband am Ort durch geschlossenes Auftreten zu realisieren. Die Erfolge der Zelle* sind ein wichtiger Faktor zur Entwicklung einer guten fraktionellen Arbeit im Gewerkschaftsverband.

Wir wollen dafür ein praktisches Beispiel anführen.

Die Genossen einer Zelle, die ihre Tätigkeit in einem Werftbetrieb an der Wasserkante ausübt, berichteten über die Entwicklung der Zelle und ihrer Arbeit u. a. folgendes:

„Von der Notwendigkeit, eine Betriebszelle aufzubauen, hatten wir uns schon lange überzeugt. Unter großen Schwierigkeiten gelang es uns schließlich, daß wir die Hälfte der Genossen zur Mitarbeit gewannen. Die Zelle stand anfangs auf eigenen Füßen. Wir hatten wenig Verbindung mit der Parteileitung am Ort und gar keine mit dem Bezirk. So kam es, daß sich die Zelle zum größten Teil nur mit Betriebsangelegenheiten befaßte, ohne dieselben mit der Behandlung der politischen Fagen zu verbinden."

Der Genosse schildert dann weiter, wie die Erhebung eines Zellenbeitrages den Zusammenhalt der Zelle festigte, und wie nach der Bildung eines Zellenvorstandes und der laufenden Behandlung aller aktuellen politischen Fragen das Leben der Zelle erwachte.

Bei der Behandlung der Tätigkeit der Zelle heißt es dann wie folgt:

„Bei der Durchführung der Anweisung der Bezirksleitung, einen Delegierten zur Werftarbeiterkonferenz nach Hamburg zu entsenden, kam es zwischen der Zelle und der Ortsleitung der Partei zu Meinungsverschiedenheiten. *Die Ortsleitung nahm eine ablehnende Haltung zur Delegation ein,* wohingegen die Zelle die unbedingte Entsendung eines Delegierten verlangte. Die Diskussion wurde endlich durch den Beschluß der Zelle auf Entsendung eines Delegierten abgeschlossen. Der Bericht des nach Hamburg entsandten Genossen veranlaßte uns zur Einberufung einer Belegschaftsversammlung. Die Versammlung war von 600 Arbeitern besucht und gab uns die Möglichkeit, neben der Behandlung der Lohn- und Tariffragen auch verschiedene andere Anweisungen der Bezirksleitung mit durchzuführen. Unter Punkt Lohn- und Tarifabschluß wurden die Forderungen der Hamburger Konferenz lebhaft diskutiert und fast einstimmig angenommen. *Wir waren den SPD.-Funktionären voraus, weil wir der Belegschaft positive Vorschläge machen konnten und damit gleichzeitig die sozialdemokratischen Funktionäre zwangen, zu ihnen Stellung zu nehmen.* In derselben Versammlung wurde beschlossen, den Bericht eines Rußland-Delegierten anzuhören. Diesem Beschluß gab auch der Geschäftsführer des DMV. seine Zustimmung."

Am Schluß sagen die Genossen:

„Unsere nächste Aufgabe wird sein, unsere Forderungen zu den Lohn- und Tariffragen in allen Betrieben zu erheben, damit der Gesamtvorstand des DMV. nicht ausweichen kann."

Der kurze Bericht zeigt, daß die in einem Betrieb erzielten Erfolge den Ansporn geben, die Bewegung auf andere Betriebe zu verbreitern und sie damit im Gewerkschaftsverband zur Auswirkung zu bringen. Deswegen: ohne praktische Gewerkschaftsarbeit der Betriebszellen keine Erfolge der fraktionellen Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden!

Wie stellen wir eine Betriebszeitung her?

Dazu muß man kaufen: 100 Gramm hellen Leim, 25 Pfg., 500 Gramm Glyzerin, 1,50 Mk., und etwas Salzsäure, 25 Pfg. Der Leim wird 24 Stunden in Wasser eingeweicht. Das Wasser muß darüber stehen. Dann den Leim auf Feuer zergehen lassen und Glyzerin hinzugießen. Gut untereinander rühren. Eine halbe Stunde bei gleicher Wärme stehen lassen, damit Luftblasen emporsteigen. Dieselben müssen dann sofort entfernt werden.

Diese Masse wird dann in einem 24 mal 35 großen Weißblechkasten gegossen und muß nach Erkalten eine 8 Millimeter hohe Schicht bilden. Mit der Hektographentinte wird der Text auf gut geleimtes Papier geschrieben (Tinte trocknen lassen) und auf den Apparat aufgerieben, bis die Schrift gut leserlich auf der Masse zum Vorschein kommt. Danach wird das Original entfernt und man kann die übrigen Bogen (150 bis 200 Stück) abziehen. Wenn man damit fertig ist, muß der Apparat sofort mit vier- bis fünfmal verdünnter Salzsäure von der Kopiertinte gereinigt werden. Am besten nimmt man hierzu einen Schwamm. Zum Abziehen eignet sich am besten geleimtes Papier.

(Aus dem „Parteiarbeiter" Nr. 2, der diesmal eine Fülle von Originalberichten von Mitarbeitern aus den Betriebszellen und Organisationen enthält. Bestelle den „Parteiarbeiter" Nr. 2 bei deinem Literaturobmann.)

Ueber die Aufgaben der Abteilung Agitprop

Die Abteilung Agitprop ist das Organ, das die gesamte Agitation und Propaganda der Partei in allen vorkommenden Formen und allen Arbeitsgebieten nach einheitlichen Gesichtspunkten und Kenntnis der Materie leitet. Die Agitprop gehört zu den Ressorts, die nicht nach dem üblichen Sinne verwaltet werden, sondern das Arbeitsgebiet greift in alle Abteilungen ein: Mit den anderen Ressorts gemeinsam werden die Methoden und Formen der Agitation und Propaganda ausgearbeitet. Agitprop muß seine Arbeiten in zwei Hauptgebiete teilen

1. Agitation: Die gesamte nach außen gerichtete Werbearbeit, welche umfaßt mündliche, schriftliche, bildliche Arbeit der Partei und aller Organe, zu denen gehören die Fraktionen, Zellen, Ortsgruppen im Unterbezirk. Dazu kommen noch die tägliche Werbearbeit unserer Mitglieder in den Betrieben, Gewerkschaften, Versammlungen, Demonstrationen und Durchführung der Kampagne für Partei und Presse, Wahlkampagne usw.

2. Propaganda: Die gesamte Parteierziehungs und Bildungsarbeit, die Tätigkeit in Arbeitsgemeinschaften, Zirkeln, Kursen, Parteischulen, Referentenausbildung, Herausgabe von Lehrmaterial, gute Organisierung von Leihbibliotheken. Alle diese innere Parteiarbeit muß von der Voraussetzung geleitet werden, unsere Mitglieder und Anhänger mit den Grundsätzen und Methoden des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen. Vor allem Studium der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung und der Partei.

Die Formen und Methoden der beiden Arten der Werbearbeit sind sehr verschieden. Trotzdem stehen Arbeitsgebiete mit engster Wechselbeziehung zueinander. Ohne gründliche umfassende Propaganda keine wirkungsvolle Agitation unter den werktätigen Massen. Als besonderes gilt noch zu erwähnen, daß der Inhalt der Agitation die Anknüpfungspunkte mit dem täglichen Leben die Losung, das konkrete Ziel sind, abhängig von dem geschaffenen Arbeitsboden. Die Methode und die Form der Arbeit, wie wir agitieren, wie wir mündlich und schriftlich die Diskussion leiten, wie wir Versammlungen organisieren und auch, wie wir in gegnerischen Versammlungen vorgehen, wie wir Zellenzeitungen herausgeben, wie unsere Flugblätter, Handzettel, Plakate und sonstiges nach außen gerichtetes Werbematerial aufmachen, wie wir sie verteilen, und uns zur Verfügung stehenden Agitationsmittel am besten ausnutzen, ist Aufgabe der Agitprop-Abteilung. Wir müssen alle unsere Erfahrungen sammeln, lernen und nochmals von der Arbeiterklasse lernen und diese unsere Erfahrungen der ganzen Partei übermitteln. Dieses ist der vorläufige Umriß von den zu leistenden Arbeiten. Wir müssen alle unsere Kraft einsetzen, um vorwärts zu kommen, müssen Arbeitspläne aufstellen, welche sich mit den zu erwartenden Arbeiten beschäftigen muß.

Abteilung Agitprop der B.-L.

Was können die Gewerkschaften leisten?

... Erinnern wir uns, welches Bild uns die Arbeiterverhältnisse vor dem Beginn der gewerkschaftlichen Bewegung darbieten. Mehr noch als absolutes Elend charakterisiert diese Zustände erstens die große Unsicherheit, das heißt Ungleichmäßigkeit in der Lage des Arbeiters in verschiedenen Zeiten, und zweitens die große Ungleichmäßigkeit zu jeder Zeit in der Lage verschiedener Schichten der Arbeiterschaft. Das Kapital reißt hier in seinem Aufschwung die Arbeitskraft jäh empor und schleudert sie in seinem Niedergang ganz schrankenlos zu Boden. Und während einzelne, gelernte Berufe ein dem kleinbürgerlichen ähnliches Dasein führen, werden ganze Schichten unter das physische Existenzminimum herabgedrückt und direkt zum Aussterben verurteilt.

Hier schaffen die Gewerkschaften, wenn sie die allgemeinen Interessen der Arbeiter als Klasse im Auge behalten, gründlichen Wandel. Indem sie in den Perioden des Aufschwunges das durch den Profit zulässige Maximum an Löhnen erringen, um aus ihnen die Abwehrkämpfe in den Perioden des Niederganges zu bestreiten, indem sie das Niveau der Lebenshaltung der Masse heben und zugleich die bestsituierten Berufe zur allgemeinen Organisation herbeiziehen, indem sie endlich sowohl in jedem Beruf wie für die ganze Klasse allgemeine Regeln (Arbeitszeit usw.) schaffen führen sie eine gewisse Ausgleichung der Lebenslage des Proletariats in verschiedenen Phasen der Produktion wie zwischen seinen verschiedenen Schichten und eine gewisse Beständigkeit dieser Lebenslage herbei. Dadurch also dank den Gewerkschaften, ergibt sich erst als gesellschaftliche Realität, als Wirklichkeit jenes „gewohnheitsmäßige Lebensniveau" der Arbeiter, das vor dem Beginn des Gewerkschaftskampfes ein bloßer ideeller Durchschnitt zwischen verschiedensten Lebenslagen innerhalb der Arbeiterklasse, ein bloßer mathematischer Begriff war ...

... Die Gewerkschaften können freilich — darin besteht ja ihre einzige Wirkungsmethode — durch Organisation das Angebot der Arbeitskräfte der Reservearmee und dadurch den sonst schrankenlosen Druck des Kapitals auf den geringsten mit seinen Profitinteressen noch verträglichen Grad beschränken. Behauptet aber Herr Sombart, ein bürgerlicher Nationalökonom, daß sie bei der Lohnsteigerung überhaupt an keine Schranken gebunden sind, ja, daß sie den Anteil des Arbeiters am Nationaleinkommen grenzenlos steigern können, so redet er den Arbeitern in letzter Linie nicht mehr und nicht minder ein, als daß sie auf gewerkschaftlichem Wege das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigen können ...

(Entnommen dem soeben im Viva-Verlag erschienenen Band III der Gesammelten Werke von Rosa Luxemburg: „Gegen den Reformismus." Preis brosch. 8,50 Mk. geb. 11,— Mk.; zu beziehen durch den Literaturobmann.)

PARTEI-OFFENSIVE:

Werbt Abonnenten für unsere Presse — Werbt Mitglieder für die kommunistische Partei

Organisiert die Fraktionsarbeit in allen Arbeiter-Organisationen — Sammelt für das Partei-Notopfer